

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzustellungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 264.

Montag, den 11. November 1907.

14. Jahrg.

Heute abend: Volks-Versammlung in der „Hansa-Halle“.

Hierzu eine Beilage.

Von den Königstreuen.

Gleich einem mittelalterlichen Spuk muß es anmuten, wenn man sieht, in welcher Weise die privaten, ja selbst die persönlichsten Angelegenheiten der hohen Staatsbeamten und ihrer Familien von der „staatserhaltenden“ Presse zu politischen Ereignissen aufgebaut werden. Früher waren solche Kannegießereien vornehmlich eine Spezialität der liberalen Klatschpresse, aber heute ist in dieser Beziehung zwischen liberal und konservativ schon längst kein Unterschied mehr zu sehen. Klatsch hüben, Klatsch drüben. Höchstens, daß die Konservativen es lieben, allerlei Bosheiten in ihrem Klatsch zu verstecken, während die Liberalen „harmlos“ kannegießern.

Im Laufe des Monats November will der deutsche Kaiser eine Reise nach England unternehmen. Nichts einfacher und natürlicher, als daß der Neffe — zumal wenn er so gern reist wie der deutsche Kaiser — hin und wieder das Bedürfnis verspürt, seinen Onkel zu besuchen. Aber die „politischen Köpfe“ der Bourgeoisie haben aus diesem Familienbesuch „das bedeutendste Ereignis des Monats November gemacht. Wegen einer leichten Erkrankung eines Mitgliedes der kaiserlichen Familie wurden die Reiseabsichten wiederholt geändert, und schließlich wurde abgemacht, daß den Kaiser seine Frau nach England begleiten wird. Alles Dinge, die in der weiten Welt doch niemand angehen als eben der Kaiser selbst und seine nächsten Verwandten. Aber man höre, was wir aus diesem Anlaß soeben in einem konservativen Blatt lesen:

„Es ist sicher nicht zu viel behauptet, daß diese Nachricht mit einer an Bestürzung grenzenden Beklommenheit im deutschen Volk aufgenommen ist, denn ohnehin konnte jeder, der mit einiger Aufmerksamkeit den Gang der Tagesereignisse überblickt, nur mit banger Besorgnis dieser Reise entgegengehen, deren ganzes drum und dran so wenig mit der gesamten europäischen Lage in Einklang zu bringen ist.“

Eine „Beklommenheit“ des deutschen Volkes? Eine „bange Besorgnis“ ob dieser Reise? Wir haben nichts davon bemerkt. Ja wir glauben, es ist nicht zu viel behauptet, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit von der Reise kaum etwas weiß.

Bemerkenswert ist an der Sache überhaupt nur, daß es just ein konservatives Blatt ist, das solchergestalt den Kaiser in seinen Angelegenheiten zu bevormunden sich herausnimmt. Denn darauf läuft es doch hinaus, daß „im Interesse des deutschen Volkes“ die Reise besser unterbleiben würde. Da sieht man wieder, daß wir Sozialdemokraten doch bessere Menschen sind. Uns fällt es nicht im Traum ein, dem Kaiser in seine privaten Angelegenheiten, mögen es nun Reiseabsichten oder andere Dinge sein, hineinzureden. Wir geben in dieser Beziehung gern dem Kaiser, was des Kaisers ist, nämlich genau das selbe Recht der Selbstbestimmung wie auch jedem anderen Menschen, der Reise Lust verspürt.

Was das konservative Blatt — es handelt sich um einen Artikel der „Zeitsfragen“, einer Wochenbeilage der „Deutschen Tagesztg.“ — so in Harnisch bringt gegen die Englandreise, ist aus dem Artikel nicht ohne weiteres zu sehen. Denn er ist, offenbar absichtlich, sehr wirr und klar gehalten. Aber der Arger ist außerordentlich groß. Ist so groß, daß das Blatt nicht nur den englischen König mit ausgefuchter Nichtachtung behandelt, der doch Onkel immerhin Mitglied der deutschen Kaiserfamilie ist, sondern sogar die sonst so gern gemeinte Ehrerbietung gegenüber den direkten Vorfahren Wilhelms II. auf dem Ton fahren läßt. Ein ganzes Bukett von ausgefuchten Bosheiten über Friedrich Wilhelm IV. stellt es zusammen, und auch einmal eine Reise nach England unternahm. —

„Auch Friedrich Wilhelm IV. wurde zu einer Zeit, als die preussische Politik zu einem Bündnisse mit England nicht die geringste Veranlassung hatte... im Januar 1842 mit überschwänglichen Liebenswürdigkeiten überhäuft, die recht bedenklich an das jetzige Programm erinnern.“

Und dann werden folgende Zeilen von Treitschke zitiert:

„Preußens König hatte verstanden, in kurzer Zeit die alten Freunde Österreich und Rußland mit Mißtrauen zu erfüllen; er hatte mit seinen Freundschaftswerbungen in England wenig Anklang gefunden, und kaum war die Kriegsgefahr vorüber, so bemerkte man bald, daß Preußen jetzt auch an den kleinen deutschen Höfen weniger geachtet war als einst unter dem alten Könige. Die ruhige Würde des Vaters erweckte Vertrauen, die bewegliche Geschäftigkeit des Sohnes Zweifel und Argwohn.“

Weiter ist dann von „Pöffen“ die Rede, die man mit dem preussischen König in London getrieben habe und die Treitschke „mit Ingrim“ schildert. Darunter Gottesdienst (in einem konservativen Blatt als Pöffen bezeichnet), Theater, Gefängnisbesuche. Alles in allem hinterließ der König „trotz seiner geistreichen Liebenswürdigkeiten doch nicht den Eindruck eines beherrschenden politischen Kopfes.“ Um so nachhaltiger war der Eindruck den umgekehrt England auf den König machte:

„Noch lange Zeit zeigte er sich hochentzückt von allen britischen Einrichtungen, insbesondere von der des Parlaments, dessen Eröffnung er beigewohnt hatte, nicht als schlichter Zuschauer, sondern gleichsam als großbritannischer Reichsverwandter, und auf einem besonderen Sitze, der ihm zwischen dem Thron der Königin und den Plätzen der Lords bereitet war. Es erinnert doch recht bedenklich an diese damals mit so gutem Erfolg veranstaltete englische Komödie, daß diesmal bei dem Besuche Londons der Kaiser nach dem Empfang durch die städtischen Behörden in dem Londoner Rathaus einer Sitzung der Stadtverordneten beiwohnen und die Huldigung mit einer Ansprache erwidern soll.“

Es kann ein Blander mit dem Kräckstock fühlen, daß hier in geradezu aufdringlicher Weise eine Parallele gezogen wird zwischen dem damaligen Verhalten Friedrich Wilhelms IV. und dem, was Wilhelm II. in den nächsten Wochen in England bevorsteht. Die ausgesuchten Bosheiten, die hier gegen Friedrich Wilhelm IV. zusammengetragen werden, sollen also dazu dienen, dem Kaiser sein jetziges Vorhaben zu verneineln.

Wir führten schon oben aus, daß wir in dieser Sache durchaus die Partei des Kaisers ergreifen müssen. Wenn er für sein Geld nach England reist, um seinen Onkel zu besuchen, so ist das sein gutes Recht: Und wenn er bei dieser Gelegenheit den Londoner Stadtverordneten eine Rede halten will, so ist das ebenfalls sein gutes Recht. Schon jedem Privatmann gegenüber wären diese undelikatsten Einmischungen eine dreißig Unerträglichkeit. Hier aber handelt es sich um den Kaiser, von dem doch gerade die Konservativen immer behaupten, daß man ihm besondere Ehrerbietung schuldig sei. Es ist aber das Gegenteil von Ehrerbietung, wenn man ihm zwischen den Zeilen droht, man werde ihn, falls er sein Vorhaben ausführt, ebenso abfällig beurteilen, wie Friedrich Wilhelm IV. Das aber und nichts anderes ist der eigentliche Sinn dieses konservativen Artikels. Ihren Gipfel erreicht diese versteckte und aufdringliche Bosheit zu guter Letzt in den Worten:

„Fischbeck, Kopsch und Wiemer täten das sicher auch!“

Gemeint ist die Rede an die Londoner Stadtverordneten. Man denke! Das, was der Kaiser sich vorgenommen hat zu tun, wird schier auf eine Linie gestellt mit dem Verhalten einiger obskuren freisinnigen Parteiführer! Und Leute, die das fertig bringen, wollen uns weismachen, daß ihnen die zur Schau getragene Ehrfurcht vor dem Kaiser aus dem Herzen komme!

Nein, sie ehren und achten den Kaiser, so lange dessen Verhalten so ist, wie sie es haben wollen. Handelt er anders als ihnen in den Kram paßt, so scheuen sie sich nicht, auch auf ihn die giftigsten Pfeile ihrer Bosheit abzuquicken.

Für das arbeitende Volk ist es nicht ohne Interesse, die „Königstreue“ dieser Edlen einmal in ihrer wahren Gestalt kennen zu lernen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Krisis.

Es ist nicht mehr zu leugnen, der Krach ist da, die lang erwartete, immer wieder gesehene wirtschaftliche Krisis. Die Pauke, die mit lautem Gedröhn den Tanz ums goldene Kalb begleitete, hat ein Loch und entsetzt und ermattet zugleich stürmt die soeben noch frohlockende Schar der Tänzer auseinander: rette sich wer kann.

Die Bank von England hat ihren Diskont auf 7 Prozent erhöht, ein unerhörter Fall seit 1873, die Deutsche Reichsbank, die erst am 28. Oktober ihren Zinsfuß von 5 1/2 auf 6 1/2 erhöht hatte, folgte gestern mit einer weiteren Erhöhung auf 7 1/2. In der dreißigjährigen Geschichte der Reichsbank ist ein derartiger Diskont noch nicht dagewesen. Die übrigen europäischen Notenbanken haben ebenfalls die Notflage gehißt, oder werden es noch tun. Kurzum, über das gesamte wirtschaftliche Blatfeld Europas gellt das Signal: Das Ganze halt. Freilich, daß es jetzt so plötzlich gekommen ist, daran liegt die Schuld an Amerika, mit seiner höchst mangelhaften Ordnung des Banknotenwesens. Aber daß die amerikanische Bankkrisis mit voller Wucht auf Europa drücken konnte, das beweist, daß im scheinbar so blühenden Wirtschaftsleben der alten Welt nicht mehr alles in Ordnung war. Vor allem in der Eisenindustrie zeigte sich schon seit Monaten ein langjames Heruntergleiten von der 1906 erreichten Höhe, und die Eisenindustrie ist jetzt das, was vor 50 Jahren noch die Textilindustrie war: der alles überragende Wirtschaftszweig, dessen Stärke das sicherste Kennzeichen für die kapitalistische Entwicklung eines Landes gibt. Und wenn auch andere Industrien im großen und ganzen noch nicht über Mangel an Beschäftigung zu leiden haben — außer in der Bauindustrie, die schon seit einem Jahre leidet —, so wird doch jetzt auch über sie die Krisis hereinbrechen. Schon seit Monaten zeigen die Preise gewisser Rohstoffe die Tendenz zum Sinken. In dieser Situation überfällt die Händler eine so ungewöhnliche Erhöhung des Diskonts, der ihren Lombardkredit überlastet und sie zu schleunigen Verkäufen zwingt. Aber die Folge ist eine neue Senkung der Preise und eine neue Verschärfung der Kreditnot. Die Waren drängen ins Ausland, aber das Ausland befindet sich in ganz derselben Not. Man will die Güter, mit denen man nicht weiß wohin, nach Amerika abstoßen, aber von Amerika ist ebenfalls schon eine große Warenwoge unterwegs. Die beiden kapitalistischen Riesenwellen stoßen dann aufeinander und begraben unter sich alles, was an wirtschaftlicher Prosperität und Hochkonjunktur vorhanden war.

Leidet so jedes kapitalistisch entwickelte Land unter der Handwerkskrisis, so Deutschland noch ganz besonders. Jetzt erst werden sich die Folgen jener glorreichen Handelsverträge zeigen, die sich auf den Zolltarif vom Dezember 1902 schmachtvollen Ungedenkens aufbauen. Bisher haben diese Handelsverträge nur die eine Folge gezeitigt, daß sie die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse in der unerhörtesten Weise verteuerten. Jetzt mit der hereinbrechenden Krise werden sich die Unternehmer zuerst an die Arbeiter halten. Lohnverkürzungen, Arbeitslosigkeit, Hunger, Elend, Krankheit, das ist es, was sie über die Arbeiter verhängen werden. Und es versteht sich, daß in Zeiten der Arbeitslosigkeit die Gewerkschaften nicht ihre volle Stärke zeigen können. Ihre Hauptwaffe, die Arbeitseinstellung verliert ihren Schrecken, wenn die Unternehmer schon durch die Konjunktur zu unfreiwilligen Arbeitseinstellungen gezwungen sind. Aber wenn in den Zeiten wirtschaftlicher Krisis der eine Zweig der Arbeiterbewegung sich in die Offensive gedrängt sieht, wenn er in erster Linie mit zähster Energie allen Versuchen der Unternehmer entgegenzutreten muß, die Last der wirtschaftlichen Krisis auf die Rücken der Arbeiter abzuwälzen, so ist für den andern, den politischen Zweig der Arbeiterbewegung, jetzt der Augenblick entschlossener und zielbewusster Offensive gekommen. Augenblickliche Aufhebung sämtlicher Lebensmittelzölle! Mit dieser Forderung muß

Reichstagsabgeordneter Arthur Stadthagen

wird am Mittwoch abend im „Vereinshaus“ in öffentlicher Versammlung über das Thema sprechen:

Verleumdet das Amtsblatt der freien und Hansestadt Lübeck?

die deutsche Sozialdemokratie sofort an die Reichsregierung herantreten. Verspärkte, verdrehsache Agitation gegen die rückslose Wucherpolitik der herrschenden Klassen. Eine Massenbewegung muß einsetzen, die mit stürmender Wucht auch den Letzten ergreift! Jetzt gilt es, die Ernte in die Scheunen zu bringen, die die handelspolitische Drachensaat der Ausbeuter so reichlich für uns gesiebt hat.

Das Warnsignal der Reichsbank soll in den Klüften des Proletariats ein tausendfaches Echo finden. Es ist keine Zeit zu verlieren! An die Arbeit!

Dernburgs Kolonialpläne.

Dernburg hat, wie schon vor einer Woche berichtet, vor seiner Abreise aus den gesegneten Kolonialgebieten Ostafrikas allerlei über seine nach seiner Heimkunft zu verwirklichenden Absichten verlauten lassen. Einer seiner Zuhörer hat darüber einigermaßen ausführlich an die „Breslauer Ztg.“ berichtet. Wir entnehmen den Mitteilungen folgendes:

Das nächste, womit Dernburg dem Reichstage kommen wird, dürfte wohl eine Forderung von 100 Millionen für eine Bahn von der Küste nach Tabora und von dort an den Tanganjika-See sein. Vielleicht wird er die Summe in zwei oder drei Raten fordern, aber fordern wird er sie auf alle Fälle, denn er erklärt mit Recht, daß ohne Bahnen ein Emporblühen und eine Sanierung der Kolonie ausgeschlossen ist. Er möchte später noch der Fertigstellung der Bahn die Hauptstadt Deutsch-Ostafrikas nach Tabora verlegen, ein Ort, der bedeutend günstiger als Dar-es-Salaam ist. Sein Steckbrief zeigt die Baumwollpflanzung zu sein. Diese in einem großen Maßstabe zu treiben, halte ich für ausgeschlossen. Die sogenannten Baumwollxperten und Finanzgrößen haben sich aus dem Staube gemacht und erklären, daß weder das Klima noch das Land zum Baumwollbau geeignet sei. Aber Dernburgs Idee ist dem Eingeborenen langsam durch europäische Wanderlehrer beizubringen, wie man Baumwollbau rational betreibt, und daß der Eingeborene dann seine Erzeugnisse und seine Ernte an die Europäer verkaufen soll. Dernburg äußert wiederholt als sein Programm, man müsse vor allem darauf bedacht sein, daß der Eingeborene eine Verbesserung seines Loses unter kaiserlicher Herrschaft sehe, auf daß er ein treuer, deutscher Untertan werde. Ganz human, und längst fälschlich auch sehr schön, aber bloß dazu gibt der Deutsche nicht sein gutes Geld her. Vom kaufmännischen Standpunkte soll eine Kolonie ein Abzagebiet sein und gleichzeitig eine Bezugsquelle für Produkte, die man sonst im Auslande kaufen müßte. Vom nationalökonomischen und sozialen Standpunkte aus soll eine Kolonie ein Anzugsgebiet für überschüssige Arbeitskraft und überschüssige Kapitalien sein.

Der Urheber dieser Mitteilungen, der augenscheinlich von den Verhältnissen Ostafrikas etwas versteht, ist also wie andere Sachverständige auch der Meinung, daß es mit der Baumwollkultur in Ostafrika nichts werden wird. Aber Dernburg hat sein „Steckbrief“ und da darf es den deutschen Volk nicht darauf ankommen, 100 Millionen dafür herzugeben, daß er es reiten kann. Die „Finanzgrößen“, die sich aus dem Staube gemacht haben, weil es mit dem Selbstverleihen drüber nicht so flott geht, wie sie wünschen, sind aber noch weniger geneigt, ihr eigenes Geld zu riskieren, nur um die Eingeborenen kulturell zu heben und sie zu „treuen deutschen Untertanen“ zu machen. Dafür gibt der „gute Deutsche“ sein Geld nicht her. Die Kolonien sollen Geld bringen, viel Geld, wenigstens für den privaten Säckel. Daran wollen die Herren möglichst unbegrenzte Ausbeutungsfreiheit. Es ist ihnen ja schon anzusehen genug, daß sie ja heute nicht mehr mit den Arabern ganz so unruhig können, wie sie möchten; soll die Humanität noch gar auf die Kolonien übertragen werden, so geht den Geldmännern alle wahre Freude davon verloren. Selbstverständlich haben sie nichts dagegen, daß das Reich dort noch Millionen herausschmeißt, um deren Geizhals zu geben, dort Geld zu verdienen. Und obwohl offensichtlich das Geld so ziemlich als weggerissen angesehen werden kann, werden die Herren Diskretion dabei, da es ihre Pflicht ist, „nationaler“ Tugend zu leben, nicht lange nöthigen lassen und das Geld der Steuerzahler für Zwecke bewilligen, die weder dem Reich noch dem eigenen Geld „zu gut“ ist.

Die Vereinigte „Noten“ im Auge.

Der Entwurf eines deutschen Reichsbankgesetzes wird in den nächsten Tagen dem Bundesrat zur Beschließung gehen. Die Bundesräthe haben keine folgende Regelung erlassen: Die Reichsbanknoten sind durch Ausnahmemaßnahmen, welche die Reichsregierung hat, außerdem soll es in ihr Ermessen gestellt werden, ergänzende Maßnahmen zu ergreifen.

Das Gesetz enthält also den Winkeln von der Spartenbank zum Spartenbank. Solche Folgen hätte jedoch für die Arbeiter-Kassen haben würde, in an ihrer Stelle mehr als einem auszubehauptet werden und damit unter Stellung zu dieser „Kassen“ gegeben.

Es ist zu Ende

mit der Widerstandskraft des Freiliums gegen militärische Forderungen. Für den, der es nicht weiß, hat es der vorhin-vollständigen Abrechnung Professor Eichhoff in einer Vortragsveranstaltung in Solingen verstanden. In der kommenden Flottenvorlage mit den weiteren militärischen Forderungen geht Herr Eichhoff die Erklärung ab, er hoffe, daß die militärische Frage niemals wieder Anlass zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den nationalen Parteien aller Schattierungen geben würde. Der erwähnte Vorlesungswort würde sich zum Besten zuwenden, die Forderungen damit zu prüfen, ob sie mit der Stimmung des Volkes im Einklang stehen. Man wolle aber auch, daß die Regierung in den letzten Jahren nur gefordert hat, was unbedingt notwendig war. Das gilt sowohl hinsichtlich der Marine als der Armee. Es ist der Meinung, daß man sich von der kommenden Flottenvorlage des Geistes lösen kann. Sowie er weiß, könnte

es sich dabei nur um die Nützlichmachung der Erfahrungen der letzten Jahre. Die Fortschritte der modernen Technik erfordern neue Opfer, damit werde man rechnen müssen. Opferbereitschaft sei für die nächsten Jahre unbedingt notwendig, auch in bezug auf unsere Kolonien, für die besonders, wie Dernburg schon betonte, weitere Eisenbahnen notwendig sind.

Solksparteiliche Blätter drucken diese Erklärung ohne ein Wort der Kritik ab. Sie müssen also wohl der gleichen Meinung sein, wie Herr Eichhoff. Wir haben von Eugen Richters Opposition gegen den Militarismus, zumal wie er sie in den letzten Jahren seines Lebens betrieb, zwar nie viel gehalten; aber er würde sich doch im Grabe umdrehen, wenn er die Laten seiner Epigonen, seit sie am Block gefesselt sind, sehen könnte. Herr Eichhoff proklamiert als Grundsatz, daß man bewilligen müsse, was die Regierung fordert, weil sie nur das „unbedingt Notwendige“ fordere. Gegenüber Militärforderungen tritt die Theorie vom beschränkten Untertanenverstand in Kraft. Herr Eichhoff kennt die neue Flottenvorlage noch nicht, aber er ist schon überzeugt, daß sie sich auf das „Notwendige“ beschränken wird. Schlimmer haben es die Nationalliberalen in ihrer schlimmsten Zeit auch nicht getrieben. Die Blockpolitik zieht die freisinnigen Mannesleuten mit rapider Schnelligkeit in den Sumpf.

Die Kaserne als Zuchtort der Pädastie.

Im „Roland von Berlin“ erzählt Dr. Magnus Hirschfeld: Als vor einigen Jahren ein Hauptmann, der bei der Garde gebürtig war und dem eine glänzende militärische Karriere vorausgesetzt wurde, nebenbei der einzige vornehmliche Sohn seiner verwitweten Mutter „zusammenbrach“, weil im Regiment bekannt wurde, daß er in den Händen eines Exzessiers sich befand, hatte ich Gelegenheit, mit einem Kriegsgerichtsrat über diesen traurigen Fall und Ähnliches zu reden. Der hohe Beamte sprach sich entschieden für die Befreiung des § 175 aus und zwar aus militärischen Gründen. Bei Vergehungen homosexueller Offiziere mit Untergebenen komme man mit den Bestimmungen über den Mißbrauch der Dienstgewalt aus. Diese Verfehlungen seien häufiger, weil die Verren leicht glauben, daß in dem Verkehr mit Soldaten eine gewisse Sicherheit für sie liege. Würde man aber bei etwaigen homosexuellen Zivilabenteuern, die ohne Erregung öffentlichen Argernisses begangen werden, ebenso ein Auge zudrücken, wie bei analogen heterosexuellen, so würden Vergehungen gegen eine Unterabteilung der Disziplin in geringerem Maße stattfinden als bisher.

Die Disziplin und „Manneszucht“ muß so als Deckmantel verbrecherischer Handlungen dienen. Der Soldat wird im wörtlichen Sinne des Wortes zum „Leibeigenen“ des Offiziers.

Daran sich Peters beleidigt fühlt.

Bekanntlich hat Peters kürzlich auch in Breslau eine seiner Vorlesungen gegeben, bei welcher Gelegenheit ihn von unserem dortigen Parteiblatt ein würdiger Empfang bereitet wurde. Schon abends in der Versammlung kündigte er an, daß er auch gegen die „Volkswacht“ mit einem Beleidigungsprozeß vorgehen werde. Nunmehr ist Genosse Wallig, als verantwortlichem Redakteur, die Peterssche Privatklage zugewiesen worden. Er fühlt sich beleidigt, weil er als der Gatte der gehängten Jagodja bezeichnet worden ist und weil gesagt worden war, daß Peters zu dem für Kabarettbüchler und Complettänger üblichen Preise von 1, 2 und 3 Mark im Warenhaufe der Gebr. Barack zu haben sei. Die Klage stützt sich nur auf § 185, etwaige Beleidigung. Wie man eine solche aber wird feststellen können, ist uns völlig unverständlich. Im Gegenteil, es ist dem Peters zu viel Ehre angetan, wenn er als Gatte der Jagodja bezeichnet wird. Als Ehrenmann hätte er sie aber doch heiraten sollen, anstatt sie aufhängen zu lassen. Besonders aber bei dem Vergleich zwischen Peters und den Kabarettbüchler hätte man viel eher eine Klage von der anderen Seite erwidern können als von Peters. Die Vertretung des Peters hat wieder Rechtsanwalt Dr. Rosenthal aus München übernommen. Peters hatte schon am Abend nach seinem Vortrage mit einem Breslauer Rechtsanwalt verhandelt, der sich zuerst auch bereit erklärte, Peters Sache zu übernehmen, später aber die Sache wieder zurückzog.

Rußland.

Die Wahlen. Bisher liegen über 437 Abgeordnetenwahlen die Ergebnisse vor. Danach sind gewählt: 196 Mitglieder der Rechten und Monarchisten, 128 Oktristen und Gemäßigte, 4 friedliche Erneuerung, 41 Radikale, 15 politische Nationalisten, 6 Mohammedaner, 14 Sozialdemokraten, 28 von der Linken und 6 Wilde. In wählten sind noch 5 Abgeordnete.

Große Lappen läßt man mit einer Schein-krone lassen. In Petersburg ist das Urteil im Prozeß gegen den jüngeren Geheften des Ministers des Innern W. S. Garbo verkündet worden; es lautet auf Lebenszeit und Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter für die Dauer von drei Jahren. Die Angeklagte des Prozeßes fällt in den Herbst 1906. Der damalige Ministerpräsident W. S. Garbo hatte den amtlichen Auftrag, die Reichsregierung mit Krogen zu versorgen; zu diesem Zweck schloß er mit dem Vertreter des Handelshauses E. S. Edwal, Erik Edwal, einen Vertrag, der die Versorgung der Gouvernements mit dem nötigen Getreide übernahm, wobei ihm 800 000 Rubel so-gleich vorgezogen wurden. Bei dieser Vertragsabließung hat sich laut der Anklage Garbo eine Reihe von Verstößen gegen seine Dienstpflicht zu schaden kommen lassen, indem er den Vertrag geschlossen: 1. ohne alle nötigen Anskäufe über die Anfordergüter des Handelshauses zu befragen, was nach dem Artikel 76 bis 78 des Dienstreglements verlangt wird; 2. ohne eine Garantie vorzulegen zu haben für den Fall eines Vertragsbruches; 3. ohne einen Bericht der Kommissionsabteilung mit dem Entwurf des Projekts dem speziellen Beschaffungsausschuß zu unterbreiten — wodurch der Staat um 500 000 Rubel geschädigt wurde, da der Vertrag von E. Edwal nicht eingehalten worden ist. Im Zusammenhang damit wird W. S. Garbo beschuldigt, die Veranlassung des Ministerkabinetts vom 5. April 1906 nicht eingehalten zu haben, indem er eigenmächtig den Auftrag von Garbo durch die Lokalbehörden in der amtlichen Gouvernements einfließen ließ. Endlich wird er angeklagt, im „Regierungsmagazin“ eine Mit-

teilung veröffentlicht zu haben, die die falsche Behauptung enthält, daß das Handelshaus Edwal sich durch gewissenhafte Getreidelieferungen in die Gouvernements Mischk-Nomgorod und Penza schon von früher her bestens empfohlen habe, während tatsächlich die Lieferungen erst sehr verspätet stattgefunden hatten und die Qualität des Getreides dabei nicht die ausbedingene gewesen ist.

Eine blutige Statistik. Man schreibt aus Petersburg: „Die Statistik ist die revolutionärste aller Wissenschaften.“ Diese Worte treffen für Rußland vollkommen zu. — Nach Zeitungsberichten sind vom 1. bis 30. September von den Kriegsgerichten 145 Personen zum Tode verurteilt worden. In 40 Personen ist die Todesstrafe vollstreckt worden. Die Todesstrafe wurde erteilt: durch lebenslangliches Zuchthaus bei 33 Personen, durch mehrere Jahre Zuchthaus bei 24 Personen, die insgesamt zu 387 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden. Zu anderen Strafen als zum Tode sind von den Gerichten im Laufe des Monats September im Ganzen 1140 Personen verurteilt worden. Die nachstehende Tabelle gibt über die Art der Urteile und die Art und Höhe der Strafen Aufschluß.

	Personenzahl	Zahl der Jahre	Kriegsgerichts-Urteile	Strafkammer-Urteile	Schwurgerichts-Urteile
1. Lebenslangliches Zuchthaus	182	1559	133	22	27
2. Nicht lebenslangliches Zuchthaus	47	—	46	1	—
3. Verbannung	62	—	27	35	—
4. Arrestantenabteilung	77	158	26	28	23
5. Disziplinarbataillon	3	11	3	—	—
6. Gefängnis	650	516	9	57	594
7. Festung	85	137	8	78	—
8. Haft	22	3	1	10	11

Im ganzen haben somit 1285 Personen wegen revolutionärer Umtriebe und Opposition schweren Schaden erlitten. Außerdem wurden zur gerichtlichen Verantwortung gezogen 23 Redakteure der oppositionellen Presse. Verbaten wurden 17 oppositionelle Zeitungen und Wochen-schriften. Durch das administrative „Gericht“ wurden in 37 Fällen die Redakteure der oppositionellen Presse mit Strafen belegt und zwar insgesamt mit einer Geldstrafe von 21 000 Rubel. Die Verurteilten verteilten sich nach Klassen und Profession folgendermaßen:

Klassen und Profession	Personenzahl im Ganzen	Zum Tode verurteilt	Geurteilt	Zu anderen Strafen verurteilt
Bauern	791	61	16	780
Arbeiter	173	35	9	138
Militär	75	3	1	72
Bürger	58	10	2	43
Studierende und Anwärter	44	4	2	40
Beamte	37	4	2	38
Redakteure	19	—	—	19
Frauen	19	—	—	19
Personen ohne bestimmten Beruf	12	1	1	11
Lehrer	5	2	1	3
Medizinisches Personal	5	—	—	5
Kaufleute	3	1	1	2
Arrestanten	3	1	—	2
Propagatoren	1	1	1	—
Personen unbekanntes Berufes	43	22	5	21

Von den Mitgliedern der zweiten Duma wurden 55 Deputierte der sozialdemokratischen Fraktion auf allerhöchsten Befehl am 19. September einem besonderen Gericht übergeben. Außerdem sind drei Deputierte der ersten Duma wegen Propaganda zu verschiedenen Strafen verurteilt worden, während zwei Deputierte der zweiten Duma in Kiew zu je einem Jahre Festung verurteilt wurden. — Dagegen sind die Urteile in den Prozessen wegen der Pogrome und des Terrors der schwarzen Hundertschaften in Theodosia, Cherson, Bialistock etc. sehr mild ausgefallen. Zu Zuchthausstrafen wurde 1 Person auf 8 Jahre verurteilt. In die Arrestantenabteilungen wurden 14 Personen auf 15 1/2 Jahre geschickt, ins Gefängnis wurden 71 Personen auf 47 1/2 Jahre geschickt. Auf Fürbitte des Verbandes des russischen Volkes wurden ganz begnadigt: 1. vier Personen, die verurteilt waren „wegen Ermordung eines jüdischen Revolutionärs“ und 2. 13 Personen, die wegen des Simferopoler Pogroms mit Strafe belegt worden waren. — Fürwahr eine traurige Statistik, die zeigt, wie Recht und Gerechtigkeit im „heiligen“ Rußland mit Füßen getreten werden.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 11. November.

Im Gesellschaftshaus Adlershorst findet morgen, Dienstag abend 8 1/2 Uhr, eine Versammlung statt, die sich mit den bevorstehenden Bürgerwahlen beschäftigt. Referent ist Redakteur Paul Löwig. Arbiter-Parteigenossen, sorgt für einen zahlreichen Versammlungsbefuch.

Genosse Arthur Stadthagen und das Revolverblatt in der Königstraße. Wir erhalten folgende Zuschrift mit dem Ersuchen um Veröffentlichung:

Berlin, den 9. 11. 07.

Werte Genossen!

Aus den mir freundlich übermittelten Nummern vom 24. Oktober bis 8. November der „Lübeckischen Anzeigen“ ersehe ich, daß dies Blatt die Stirn hat, hahnenbüchsen-tügel, die als solche längst in vollster Öffentlichkeit und offenkundig gekennzeichnet sind, unter kühnster Vergewaltigung der Wahrheit über Guch zu verbreiten. In den Artikeln feiert die Zuchtlosigkeit der Sprache, gewerbsmäßige Verleumdungssucht und feigste Hinterlistigkeit wahre Organe. Dies schamlose Treiben des genaueren zu beleuchten werde ich ja am Mittwoch Gelegenheit haben. Hoffentlich erhebt der Chefredakteur dieses eigenartigen „Arbiter“

Blatts der freien und Hansestadt Lübeck persönlich, um das Vorgehen seines Blattes — Auge in Auge mit der „zappeligen Gestalt mit den zerklüfteten, verlebten Zügen“ wie sein Blatt mich zu bezeichnen beliebt — zu erklären. Inzwischen habe ich diesem Chefredakteur Dr. Joh. Brück folgende Zuschrift übermittelt:

Berlin, den 9. November 1907.

Auf Grund des § 11 des Reichspressgesetzes fordere ich Sie auf, folgende Berichtigung in den Lübeckischen Anzeigen aufzunehmen:

Die in den No. 540, 549, 555, 556, 558, 561, 567 der Lübeckischen Anzeigen über mich aufgestellten Behauptungen sind durchweg der Wahrheit widersprechend und als solche aktenmäßig und öffentlich gekennzeichnet.

Arthur Stadthagen.

Abgesehen von dieser pressgesetzlichen Berichtigung fordere ich Sie ferner hierdurch auf, die läugerlichen Verleumdungen, die die No. 540 bis 567 der Lübeckischen Anzeigen über mich enthalten, zurückzunehmen, den wahren Sachverhalt, der Ihnen aus den öffentlichen Verhandlungen über die in den Artikeln berührten Vorfälle bekannt sein muß, darzustellen und in Ihrer Zeitung selbst zu erklären: da jeden Menschen, der noch einen Rest von Schamgefühl besitzt, die feige, schamlose Art der in den Nr. 540 bis 567 der „Lübeckischen Anzeigen“ versuchten Ehrabschneidung anekeln muß, bedauern Sie den Artikel Aufnahme gewährt zu haben.

Mit der Ihnen gebührenden Wertschätzung

Arthur Stadthagen.

Ob die „Lübeckischen Anzeigen“ meiner Aufforderung nachkommen werden, wird ja die nächste Zukunft lehren. Den vorstehenden Zeilen bitte ich im „Lübecker Volksbote“ Aufnahme gewähren zu wollen.

Mit Parteigrüß

Arthur Stadthagen.

Das letztere ist hiermit geschehen. Wenn noch ein Funken von Ehrgefühl beim Amtsblatt zu finden ist, so müssen am Mittwochabend von seinen Redakteuren die Beschuldigungen gegen den Genossen Stadthagen entweder bewiesen oder zurückgenommen werden. Es sind schon jetzt Stimmen laut geworden, die meinen, daß man Stadthagen nur in der Annahme verleumdet hat, daß derselbe von den Anwürfen nichts erfahren würde. Wir können nicht glauben, daß das zutreffend ist, denn so unneuenbar niedrig und feige zugleich können doch wohl nicht Leute handeln, die öffentlich tätig sind. Die Versammlung am Mittwoch wird darüber Aufschluß geben!

Die Bürgerchaft besuchte am Sonnabend das Hochofenwerk und verschiedene Etablissements der Schlupfer-Industrie. Die in Augenchein genommenen Einrichtungen fanden die lebhafteste Anerkennung der Erschienenen. Auch die Konsumanstalt des Hochofenwerks, die nach ähnlichen Prinzipien wie der hiesige Konsumverein geleitet wird, wurde vielfach mit Lob bedacht. In die Exkursion schloß sich ein gemütliches Abendessen.

Der Bürgerausschuß beschäftigte sich am Freitag in einer Extraführung mit dem Bau einer Hochbrücke über die Trave unterhalb der Struckfährde und mit der Herstellung einer Kaimauer oberhalb der Struckfährde und den Kohlenlagerplätzen unterhalb der Constanzstraße. Eine vom Bürgerausschuß angelegte Kommission, die die Vorlage geprüft hatte, beantragte verschiedene Änderungen, die aber sämtlich vom Bürgerausschuß abgelehnt wurden. Die Senatsvorlage wurde dann in unveränderter Form angenommen. Der Brückenbau erfordert einschließl. der Nebenarbeiten die Summe von 1414000 Mk. Ingenommen wurde dazu leider ein Antrag Dr. Ziel dahingehend, daß Brückengeld erhoben werden soll. Die Gebühr soll betragen für einen Fußgänger 2 Pf., Radfahrer 5 Pf., für ein Füllen Schwein, Kalb, Schaf oder eine Ziege 2 Pf., für eine Schiebkarre, ein Hundefuhrwerk und einen Handwagen mit Führer 5 Pf., für ein Stück Großvieh 5 Pf., für einen Reiter mit Pferd 10 Pf., für ein Droschkenuhrwerk oder einspanniges Lastfuhrwerk 15 Pf., für ein zwei- oder mehripanniges Lastfuhrwerk, Automobil 20 Pf. Bezüglich der Erbauung der Kaimauer wurde der Mitgenehmigung der Bürgerchaft empfohlen, daß der Baudeputation zur Herstellung einer massiven Kaimauer an der oben bezeichneten Strecke 794000 Mk. und für die Neupflasterung der Hafensstraße auf der Strecke von der Fährstraße bis zur Constanzstraße 70500 Mk. zur Verfügung gestellt werden. Für die erforderlich werdenden Verlegungen der Gas- und elektrischen Leitungen wurden 12750 Mk. ausgesetzt.

Vaterländische Bürgerchaftswahlkandidaturen. Für den verstorbenen Hauptlehrer Hempel wurde als ersetzlicher Bürgerchaftskandidat im Marien-Magdalenen-Quartier und im nordöstlichen Teil der Vorstadt St. Lorenz der Oberlehrer Ostermann aufgestellt. Der durch seinen Wahl-Schreibbrief bekannt gewordene Rechtsanwalt Dr. Brück, welcher vom Zentralwahlkomitee vorgeschlagen war, fiel gründlich durch. Schade!

Der „Direktor“ der ehemaligen Lübecker Bank, Speckmann, der unter dem Verdacht des Betruges verhaftet worden war, ist aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Verdrängung der Handarbeit in der Fischbearbeitungsindustrie. Das Säubern und Zurechtmachen von Fischen ist eine schmutzige und zeitraubende Arbeit, deshalb hat man schon lange versucht, eine Maschine zu bauen, die die Menschenhand ersparen kann. Es ist einem Amerikaner, E. S. Deloe, gelungen, einen solchen Apparat herzustellen, der die Fische mit einer Geschwindigkeit von 10—15000 Stück in der Stunde fix und fertig auspeilt. Diese Maschine besteht im wesentlichen aus Kästen mit einzelnen Fächern für jeden Fisch, die in beliebiger Anzahl auf einer endlosen Rolle über eine Trommel laufen. Die Füllung geschieht durch Räder. Sobald ein Kasten gefüllt ist, wird ein Holzen darüber geschoben, der die Fische ganz unerrückbar festhält. Mit einem Rast befördert die Maschine jeden Kasten zu dem Messer, das in verschiedenen Führungen läuft, und zuerst den Kopf gerade hinter den Riemen abschneidet. Dann wird mit einem langen Schnitt der Fisch aufgeschritten und hierbei ein Stück Unterseite entfernt, so daß die Leibeshöhle geöffnet ist. Jetzt bewegt sich die Maschine weiter und befördert den Kopf

an eine Vorrichtung, die die Leibeshöhle austrägt; gleichzeitig bringt sie den nächsten Kasten an das Messer. Bei der nächsten Bewegung fallen die Fische heraus und die Abfälle gleiten in einen Sammelbottich; eine Zählvorrichtung registriert automatisch die Anzahl der Fische.

Internationale Antwortscheine, die dem Absender eines Briefes nach dem Auslande die Möglichkeit gewähren, das Porto für die Antwort im voraus zu bezahlen, werden in den fremden Ländern nur dann gegen Postwertzeichen eingelöst, wenn sie von der Postverwaltung des Ausgabelandes der Scheine an der dafür vorgesehenen Stelle gestempelt sind. Die deutschen Postanstalten haben Anweisung, die Antwortscheine unmittelbar vor dem Verkaufe mit einem Stempel zu bedrucken. Das Publikum wird gut tun, beim Einkauf von Antwortscheinen auf das Vorhandensein des Stempelabdrucks der Postanstalt zu achten und Scheine, die diesen Abdruck nicht tragen, zurückzuweisen.

Vor der Strafkammer II des hiesigen Landgerichts hatte sich am Freitag ein sogenannter Privatier Sch., zuletzt in Peilschoop wohnhaft, wegen raffinierter Schwindelereien zu verantworten. Der Angeklagte ist schon oft vorbestraft; nachdem Sch. wieder längere Zeit hinter den schwedischen Gardinen zugebracht, verlegte er kurz nach seiner Entlassung sich wieder auf das Schwindelergewerbe. In den Zeitungen veröffentlichte er fingierte Kaufangebote für Gewerbetreibende, und beschickte dann auf die eingegangenen Angebote hin unter falscher Flagge die Gewese. Gewöhnlich war ihm dann das Geld „momentan“ ausgegangen, und so erlachte Sch. die Verkaufsliebhaber, ihm aus der Verlegenheit zu helfen, er werde dann beim nochmaligen Besuch in einigen Tagen beim definitiven Kaufabschluß den Betrag wieder berichtigen. Sch. erhielt von diesem und jenem, mit denen er in Unterhandlung stand, Beträge von 30, 10 und 5 Mk. Einem Hotelbesitzer in Brunsbüttel z. B. „kaufte“ er sein Gut um 150000 Mk. bei 50000 Mk. „Anzahlung“ ab, pumpte sich aber erst 25 Mk. von ihm. Solche Schwindelereien, deren Sch. eine ganze Anzahl zur Last gelegt werden, waren seine Spezialität. Auf drei Jahre Zuchthaus, 900 Mk. Geldstrafe und fünfjährigen Ehrenrechtsverlust lautet das Urteil. — Der Arbeiter W. aus Bernau entwendete einem Bekannten 10 Mk. aus einer unverrichteten Kommode. Weil der Angeklagte schon 10 mal wegen des gleichen Delikts vorbestraft ist, erhält er ein Jahr Zuchthaus und 5 Jahre Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. — Einen lustigen Volksfesttag verschafften sich der Arbeiter Sch. und die geschiedene K., nachdem ersterer in der Wohnung einer Witwe am Langen Lohberg mittels Einbruch 40 Mark gestohlen hatte. Die Frau stand während der Ausführung des Raubes „Schmiere“. Im September gingen die beiden zu der Mutter der K. nach Jiraelsdorf, erbrachen ein Fenster der verschlossenen Wohnung und stahlen aus der Kommode 555 Mk.; auch dieser Raub wurde geteilt. Wegen dieses Falles hat die Mutter der Beklagten Strafantrag gegen ihre Tochter nicht gestellt, sie kann also nicht zur Verantwortung gezogen werden. Sch., der schon 7 mal mit Gefängnis und 3 mal mit Zuchthaus vorbestraft ist, erhielt fünf Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrenverlust, die K. wegen Hehlerei im ersten Falle zwei Monate Gefängnis. Wegen schweren Diebstahls wurde der hiesige Maurergeselle B. zu drei Jahren Zuchthaus, fünfjährigem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Der Angeklagte ist wegen ähnlicher Vergehen vorbestraft. — Genau das gleiche Strafmaß mit den Nebenstrafen erhielt der Hausdiener G. aus Königsberg, der nach Verhütung einer längeren Gefängnisstrafe die Freiheit gleich wieder dazu benutzte, am bei seinem Brotgeber, dem Gastwirt W., einen Einbruch zu verüben und 30 Mk. zu entwenden.

Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft. Betriebsergebnisse für den Monat Oktober 1907. Befördert sind (nach den vorläufigen Ermittlungen): 1907: 427 837 Personen und 156 303 Tonnen Güter gegen 342 559 Personen und 141 909 Tonnen Güter im Jahre 1906. Eingenommen sind:

	Pers.-Verkehr	Güter-Verkehr	Neben-Einnahm.	Zu- und abnahme	Gei.-E. bis Ende Oktbr.
1907: vorl.	259 018	400 169	45 500	704 487	6 565 250
1906:	218 077	357 665	46 500	622 242	6 028 228
untersch. 1907: +	40 941	+ 42 504	- 1 200	+ 82 245	+ 537 022
1906 endgültig:	227 984	399 620	70 565	698 467	6 535 903

pb. Schererei. Festgenommen wurde ein Wildhändler aus der Hühnerstraße wegen Schererei. Er hat den in der verflochtenen Woche festgenommenen Wildhändler das von ihnen erlegte Wild abgetauft.

pb. Ermittelte Fahrraddieb. Ermittelt wurde der Dieb, der am 3. ds. Mts. vom Hausflur Hasenburger Allee 13—15 ein Fahrrad wegnahm, in der Person eines früheren Hausdieners einer hiesigen Buchhandlung.

pb. Festgenommen wurde ein Schmittler aus Galizien, der einem Wirte in Moisling eine Dose, eine Weste und zwei silberne Schlüssel gestohlen hat.

pb. Ertrinken. Am Sonntag den 10. d. Mts., gegen 1 Uhr nachmittags wurde in der Weidenkionung am zweiten Wall die Leiche eines russischen Arbeiters gefunden. Der Verstorbene, der sich im trunkenen Zustande dort zum Schlafen hingelegt haben dürfte, ist ertrunken.

pb. Diebstahl. Am Sonntag nachmittag zwischen 5 und 6 Uhr wurde in dem Lokal „Flora“ ein schwarzer Felzbua mit zwei Schwänzen, der über einen Stahl gehängt war, gestohlen. — Am 2. November, abends gegen 8 1/4 Uhr, wurde im Ellerbrock von einem Rollwagen der Firma P. F. Meyners eine zur Beleuchtung des Wagens dienende Laterne gestohlen. — Einem Matrosen wurde an Bord des im hiesigen Hafen liegenden Dampfers „Jungferd Horn“ ein Hundertmarkschein gestohlen.

pb. Kleine Explosion. Am Sonnabend nachmittag gegen 5 1/4 Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Grundstück Fischergrube 81 gerufen, woselbst in einem Zimmer des 3. Stockes durch Explosion einer Spiritusflasche ein kleiner Brand entstanden war, der beim Eintreffen der Feuerwehr bereits durch die Hausbewohner gelöscht war.

Der Lieberabend des Gesangvereins „Eintracht“ findet umständlicher bereits morgen, Dienstag, statt. Zur Wiedererlangung gelangt eine Anzahl der schönsten Kompositionen, die sicher allgemeine Anerkennung finden werden. Den Schlag bildet ein verknüpfter Ball. Öffentlich erfreut sich die Veranstaltung der Anteilnahme weiterer Kreise.

Stadttheater-Probierium. Unter den Operetten nimmt „Der Opernball“ von Deuberg, welcher Dienstag neu einstudiert in Szene geht, einen ersten Platz ein. Die Hauptpartien liegen in den Händen von Frau Dir. Dierkowsk, Fr. Gaden, Lang, Neumann, Rupprecht, Deutloff und der Herren Hendrich, Ferling, Much, ferner tritt der neuengagierte Komiker Herr Wilken zum ersten Male in einer Hauptpartie vor das hiesige Publikum. Mittwoch findet keine Vorstellung statt.

N. Schwartz. Arbeiterbildungsschule. Am Sonnabend fand eine Mitgliederversammlung der Arbeiterbildungsschule im „Gasthof Transvaal“ statt. Der diesjährige Lehrplan wurde wie folgt festgelegt: Es sollen stattfinden Vorträge, Diskussionsabende, Deutsch und Englisch für den Unterricht wurde der Freitagabend festgelegt. Ein Ausfallen oder Verschieben des Unterrichts wird durch den „Lübecker Volksboten“ mit den Buchstaben B. Schw. im Annoncenteil bekannt gemacht. Der Beitrag wurde auf 10 Pf. wöchentlich, das Eintrittsgeld auf 20 Pf. festgelegt. Kassierer ist Genosse J. Söhre. Der erste Vortragabend findet Freitag, den 15. d. M., 8 Uhr statt. Die Frauen der Mitglieder können ebenfalls an den Vortragabenden teilnehmen. Es wäre zu wünschen, daß diejenigen Genossen, welche der Arbeiterbildungsschule noch fernstehen, derselben baldigst beitreten. Denn, Genossen: „Wissen ist Macht!“

Curau. Die politische Lage behandelte hier gestern in einer Volksversammlung im Lokale des Herrn Stender Genosse Stellung-Lübeck. Öffentlich trägt diese Versammlung insoweit gute Früchte, als sich die Arbeiter mehr als bisher dem hier bestehenden Sozialdemokratischen Verein anschließen.

Ahrensdorf. Eine gutbesuchte Volksversammlung tagte hier gestern im Lokale des Herrn Strehle über die gegenwärtige politische Lage, sowie über die Steuerreform für das Fürstentum Lübeck sprach Gen. Stellung-Lübeck, der auch die Wahlrechtsvorlage für den oldenburgischen Landtag in den Kreis seiner Erörterung zog. Die bekanntesten Resolutionen fanden Annahme. Eine Anzahl neuer Mitstreiter wurde in dieser Versammlung gewonnen.

Hamburg. Beim Rangieren auf dem Hannoverischen Bahnhof geriet der in der Bremerheide wohnende 20 Jahre alte Schuppenarbeiter Samaghi heute morgen 6 1/4 Uhr unter einen Zug und es wurden ihm beide Beine abgefahren. Er war schon nach kurzer Zeit tot. Die Leiche kam ins Hafensperrhaus.

s. Contin. Am 7. November tagte hier in „Stadt Altona“ eine Volksversammlung, in der der Arbeitersekretär Genosse Wisse II aus Lübeck über Konsum-Genossenschaftsbewegung und Arbeiterschaft referierte. Redner schilderte in seinen Ausführungen die Notwendigkeit der Konsumvereine. In der Diskussion, die sich nach der mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede angeschlossen, machte zunächst der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß sich bereits 207 Mitglieder in die Listen eingetragen hätten. Am weiteren wurde beschloffen, sich dem Lübecker Konsumverein anzuschließen und hier eine Verkaufsstelle einzurichten. Der Anfang ist also gemacht und nun ihr Arbeiter und Arbeiterfrauen: Sinein in den Konsumverein, denn nur in solchen erhaltet ihr eine gute und billige Ware.

s. Contin. Wozu eine Kontroll-Versammlung dient. In der am 6. d. Mts. hier stattgefundenen Kontroll-Versammlung ließ der Kontroll-Offizier diejenigen Unteroffiziere und Mannschaften vortreten, die noch keinem Krieger-Verein angehörten. Fast alle traten vor, so daß nur ein kleines Häuflein Getreuer zurückblieb. Nach diesem verblüffenden Resultat konnte der Herr Hauptmann denn auch weiter nichts tun als konstatieren, daß es noch leider der größte Teil sei, der dem Kriegerverein noch nicht angehört. Er verlas hierauf ein Schriftstück, welches die Vorzüge genannter Vereine schilderte und zur Beitreibung aufforderte. Zum Schluß fügte er jedoch hinzu, daß solche Leute, die einem Verbands angehörten, nicht aufgenommen würden. Wahrscheinlich meint der Herr Hauptmann mit Verband eine sozialdemokratische oder gewerkschaftliche Organisation. Allem Anschein nach waren aber alle vorgetretenen Leute organisierte Arbeiter. Das ist ein gutes Zeichen!

Riel. Vorlesungen über Arbeiterrecht. Bei den Rechtsvereinigungen vor dem Gewerbegericht ist dem Gericht häufig eine bedauerliche Unkenntnis der Parteien mit den gesetzlichen Bestimmungen über den Arbeitsvertrag, mit der Verjährungsfristgesetzgebung und den im praktischen Leben immer wiederkehrenden Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches entgegengetreten. Der Magistrat macht bekannt, daß er es deshalb als zweckmäßig erachtet, durch Veranstaltung von Vorlesungen über die erwähnten Gebiete den beteiligten Kreisen Gelegenheit zu geben, sich über die hauptsächlich für sie in Betracht kommende Gesetzgebung zu unterrichten und so nach Möglichkeit Gesetzesverletzungen und Prozesse zu vermeiden. Diese Vorlesungen werden allwöchentlich durch einen Magistratskassierer abgehalten werden. Die Teilnahme steht Unternehmern wie Arbeitern unentgeltlich frei.

Hiesenburg. Zur Kessel-Explosion auf dem „Wücker“. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Die vorläufige Untersuchung über das so folgenschwere Unglück auf der Kasernenhülle „Wücker“ hat, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, ergeben, daß die Explosion des Beckbords achteren Kessels durch Bedienungsfehler entstanden sein muß, die anscheinend mit einer Reihe unglücklicher Zufälle im Zusammenhang stehen. Die letzte spezielle Untersuchung des Kessels und die Kaltwasserdruckprobe mit doppeltem Druck hatte am 24. Juni stattgefunden und einen befriedigenden Bescheid ergeben. Der haarierte Kessel war zuletzt vom 1. bis 22. August in Betrieb und seither in sogenanntem heißen Zustande konserviert worden. Am Tage des Unglücks sollte der Kessel wieder von neuem für die Dampfheizung und elektrisches Licht in Betrieb genommen werden, als beim Anheizen die Explosion stattfand. Es ist vergesen worden, die festgelegte gewöhnlichen Sicherheitsventile und geschlossenen Manometerhähne nach dem Anheizen des Kessels zu öffnen, so daß ein Überheizen des Kessels eintreten mußte. Durch die Explosion infolge zu hohen Dampfdruckes wurde die Stützwand des Kessels (Kesselfuß) fast in ihrer ganzen Länge herausgerissen. Der ausströmende Dampf hat zusammen mit den Bruchstücken des Kessels sämtliche Decke der Dult nach oben durchbrochen.

Haderleben. Großfeuer. Am Donnerstag morgen ist die Wassermühle in Rörning bei Hammeleß total niedergebrannt. Mittwoch abend hatte man bis 12 Uhr in der Mühle gearbeitet. Donnerstag morgen kurz vor 7 Uhr schlugen die Flammen aus dem dritten Stockwerk. Es wurde Lärm geblasen und bald erschienen die Sprigen von Hammeleß und Stöding. Diese mußten ihre Mühe darauf beschränken, das Wohnhaus und die Stallungen zu retten, was denn auch glückte, wogegen die neue und die alte Mühle bis auf den Grund niederbrannten. Zugleich verbrannten 1600 Säcke Weizen. Im Januar 1908 verbrannte die neue Mühle. Man vermutet, daß Kurzschluß die Ursache des Brandes gewesen ist.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Insertate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des wertvollen Volkes weite Verbreitung und genügende Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

Rabatt-Sparkarte

Kaufhaus

Leo Leibholz & Co.
Lübeck
Holstenstrasse 25-33
Telefon 775 und 994.

ANWEISUNG. Wir verfolgen auf Verlangen bei Bareinkäufen für je 20 Pfg. des bezahlten Betrages eine Rabatt-Markte im Werte von 1 Pfg. Diese Marken klebe man in die auf der Rückseite der Rabatt-Karte vorgedruckten Felder. Für die vollgeklebte Karte zahlen wir in bar **Mk. 1.00**.

Wer bei Leibholz kauft, spart Geld!

Von der Rabattverpflichtung sind nur wenige Artikel ausgenommen.

Kaufhaus Leo Leibholz & Co.

Lübeck

Holstenstrasse.

Pelzwaren.

Grösste Auswahl in allen Pelzarten. Solide dauerhafte Verarbeitung, beste Fabrikate.

Kanin-Colliers mit 4 Schweiß-, Ketten u. Hakenverschluss	130 125 Mk.	Kanin-Stola ca. 200 cm lang, sehr breiter Kragen, vier Schweiß-, Kettenschluss	750 675 Mk.
Kanin-Colliers ca. 140 cm, zwei lange Schweiß-, Kettenverschluss	225 195 Mk.	Kanin rasé Stola ca. 170 cm lg., 1/2 Schweiß-, aufgesetzte Köpfe, Kettenschluss	725 Mk.
Kanin-Stola ca. 150 cm lang, Posamenten, Kettenschluss	450 375 Mk.	Kanin rasé Stola ca. 200 cm lg., mit echten Fuchsschweifen, sehr breiter Kragen	975 Mk.
Kanin-Stola ca. 160 cm lang, vier Schweiß-, Kettenschluss	490 Mk.	Kanin rasé Stola ca. 230 cm lg., 1/2 Schweiß-, Posamenten, Kettenschluss	1450 Mk.

Mufflon-Colliers 2200 1650 1250 850 575 Mk.

elegante Ausstattung.

Skunks Wallaby Colliers mit 4 Schweiß- in dir. Läng. 28.50 21.50 Mk.	1200 17.50 Mk.	Echt Skunks Colliers mit 4 Fuchsschweifen . 38.00 26.50 Mk.	22.50 1950 Mk.
---	----------------	--	----------------

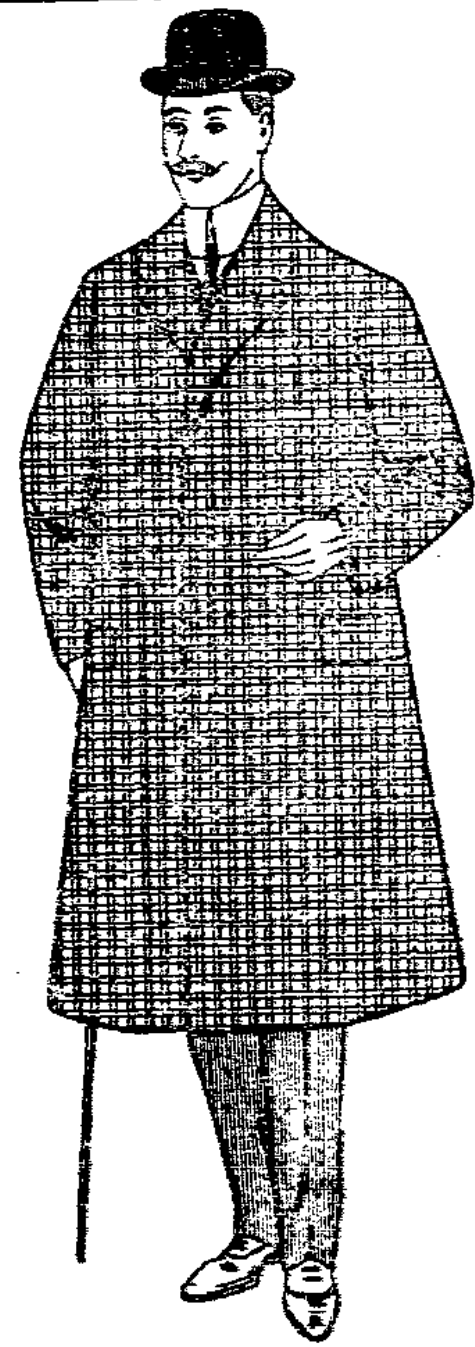
Echt Orenburger Zobel Murrel 950 1250 1600 1850 bis 7500 Mk.
aussergewöhnlich preiswert.



Mädchen-Colliers Kanin schwarz 375 225 125 Mk. 85 Pfg.	Kinder-Garnituren Muff u. Collier aus Püsch, Eisfell etc. 195 290 320 450 Mk.	Pelz-Krawatten mit Hermelin 1450 850 650 390 Mk.	Herren-Pelz-Kragen Kanin und Nutria. 1250 650 495 130 Mk.
---	--	---	--

Winter-Bekleidung für Herren und Knaben.

Herren-Paletots 38, 30, 25, 18.50, 14.50 in Eskimo, Kamragan und Fuchsschweifen, nobles sitzend, Prima Verarbeitung.	1050 Mk.	Herren-Loden-Joppen mit und ohne Falten und Gürtel in neuesten Farben.	775 Mk.
Herren-Anzüge 38, 30, 25, 19.50, 14.50 ein- und zweifach, schwarz, blau und Fuchse-Stoffe.	925 Mk.	Knaben-Loden-Joppen warm gefüttert. 3.50, 2.75	225 Mk.
Herren-Loden-Joppen 6.50, 5.75 zweifach mit Umleg-Kragen, warm gefüttert mit Muffschon.	400 Mk.	Knaben-Loden-Joppen warm gefüttert, mit und ohne Falten. 3.50, 1.50, 4.25	400 Mk.
Burschen-Loden-Joppen mit Futter 6.50 5.50 4.50	375 Mk.		



Verlangen Sie Rabattmarken!

Grösste Auswahl in Herren-Geh-Pelzen.

Gerechter Lohn für gerechte Arbeit.

Von Friedrich Engels.

Gerechter Lohn für gerechte Arbeit? Aber was ist denn ein gerechter Lohn und was ist gerechte Arbeit? Um eine Antwort darauf zu erhalten, dürfen wir uns nicht berufen auf die Wissenschaft, die Moral oder auf die Gerechtigkeit, noch auf irgend ein sentimentales Gefühl von Menschlichkeit, Billigkeit oder selbst Wohlthätigkeit. Was moralisch oder selbst nach dem Gesetz gerecht ist, ist deshalb noch lange nicht gesellschaftlich gerecht. Was gesellschaftlich gerecht oder ungerecht ist, das wird nur durch eine Wissenschaft, die Bezug nimmt auf die materiellen Tatsachen der Produktion festgestellt: Durch die Wissenschaft der Volkswirtschaft.

Was ist nun nach der Volkswirtschaft eine gerechter Tagelohn und ein gerechtes Tagewerk? Einfach die Lohnhöhe und die Dauer der Intensität der Arbeit eines Tages, die durch die Konkurrenz des Arbeitgebers mit dem Arbeiter auf freiem Markte bedingt wird.

Ein gerechter Tagelohn ist unter normalen Umständen die Summe, die der Arbeiter nötig hat, um sich, gemäß der Lebenshaltung seiner Umgebung und seines Landes, die Mittel zu verschaffen, die ihn in den Stand setzen, weiter zu arbeiten und sein Geschlecht fortzupflanzen. Der wirkliche Lohn kann durch die Schwankungen der Industrie dann und wann über oder unter diesem Durchschnitt stehen.

Ein gerechtes Tagewerk ist die Dauer und die Mühe wirklicher Arbeit, die täglich die volle Arbeitskraft des Arbeiters verbrauchen, ohne ihn unfähig zu machen, morgen dasselbe Arbeitsquantum zu leisten.

Dieser sich stets wiederholende Kreislauf kann folgendermaßen beschrieben werden: Der Arbeiter gibt dem Kapitalisten seine volle tägliche Arbeitskraft; das ist so viel, wie er geben kann, um imstande zu bleiben, dies fortwährend zu tun. Dafür empfängt er von jenem so viel und nichts mehr an Lebensmitteln, als nötig ist, um daselbe Werk jeden Tag wiederholen zu können. Eine sonderbare Gerechtigkeit!

Aber laßt uns die Sache tiefer ansehen. Weil nach den Lehren der Ökonomie Lohn und Arbeit durch die Konkurrenz bedingt werden, scheint es die Gerechtigkeit zu verlangen, daß beide Parteien unter den gleichen Bedingungen und in derselben Lage sind, wenn sie den Arbeitsvertrag eingehen. Aber das ist nicht der Fall. Wenn der Kapitalist mit dem Arbeiter nicht einig werden kann, kann er warten und von seinem Kapital zehren. Der Arbeiter kann das nicht. Er hat nur seinen Lohn, wovon er leben kann, und er muß deshalb Arbeit zu den schlechtesten Bedingungen annehmen. Der Hunger treibt ihn mit furchtbarer Gewalt. Und dennoch behaupten die Ökonomen der bürgerlichen Klassen, daß dies der Gipfel der Gerechtigkeit sei.

Das aber ist noch eine Kleinigkeit. Die Anwendung von mechanischer Kraft und von Maschinen in neuen Betrieben und die Ausbreitung und Verbesserung von Maschinen in alten Betrieben machen anhaltend Leute arbeitslos. Und dies in viel schnellerem Maße, als die überflüssig gewordenen Arbeitskräfte wieder in den Dienst der Industrie gerufen werden können. Diese überflüssigen Arbeitskräfte stellen dem Kapital eine industrielle Reservearmee. Wenn die Marktlage schlecht ist, kann der Arbeiter verhungern, betteln, stehlen oder gar ins Arbeitshaus gehen. Ist die Konjunktur günstig, so darf er arbeiten, um die Produktion zu erweitern. Und so lange, bis der letzte Mann, die letzte Frau und das letzte Kind der Reservearmee Arbeit gefunden haben —

was allein schon wieder Zeiten toller Überproduktion voraussetzt — drückt die Konkurrenz die Löhne herunter, während durch das Bestehen der Reservearmee die Macht des Kapitals im Kampfe mit der Arbeit verstärkt wird. In dem Wettrennen mit dem Kapital wird der Arbeiter nicht allein durch den Hunger getrieben, er hat außerdem eine ihm ans Bein geschmiedete Kanonenkugel mitzuschleppen. Und das heißt nach der kapitalistischen Ökonomie „Gerechtigkeit“.

Laßt uns nun untersuchen, wovon das Kapital diese „gerechten“ Löhne bezahlt. Vom Kapital natürlich. Aber Kapital bringt keine Werte hervor. Die Arbeit ist, abgesehen von der Erde, die einzige Quelle des Reichtums. Kapital ist nichts als aufgehäufter Arbeitsfrucht. Hieraus folgt, daß die Löhne der Arbeiter aus der Arbeit bezahlt werden. Der Arbeiter wird mit seinen eigenen Arbeitsfrüchten entlohnt. Nach der üblichen Auffassung der Gerechtigkeit müßte der Lohn des Arbeiters aus den gesamten Früchten seiner Arbeit bestehen. Aber das würde nach der Nationalökonomie nicht gerecht sein. Im Gegenteil, die Arbeitsfrüchte des Arbeiters werden vom Kapitalisten in Beschlag genommen und der Arbeiter erhält davon nicht mehr, als dienötigsten Lebensmittel. Und das Ende dieses außerordentlich „gerechten“ Konkurrenzkampfes ist, daß die Arbeitskräfte derer, die arbeiten, aufgehäuft werden in den Händen derer, die nicht arbeiten, und in ihren Händen das mächtigste Mittel werden, um alle, die den also aufgebauten Reichtum hervorbrachten, in Sklaverei zu ketten. Gerechter Lohn für gerechte Arbeit!

Aus dem Vorhergehenden geht sonnenklar hervor, daß der alte Wahlspruch seinerzeit seinen Zweck gehabt hat und nun keinen Dienst mehr tun kann. Mögen also die Arbeiter den alten Schlachtruf begraben und durch einen besseren ersetzen — Übergang der Arbeitsmittel: Rohstoffe, Fabriken und Maschinen, in die Hände des arbeitenden Volkes!

Das Opfer der Frau.

Ein Bild aus dem Leben der französischen Provinzbourgeoisie, wie es die künstlerische Phantasie eines Romandichters nicht hätte spannender und erschütternder gestalten können, hat ein *Mordprozeß* aufgerollt, der jedoch vor den Geschworenen von Mencon durchgeführt worden ist. Angeklagt war eine dreißigjährige Frau von großer Schönheit und nicht gewöhnlicher Intelligenz, Frau Guillaume, die ihren Gatten, einen Arzt, durch Revolverkugeln getötet hat. Diese Tat war der Abschluß einer Ehe, die ein vollgerütteltes Maß von Leiden und Entwürdigungen auf die Angeklagte gehäuft hat. Sie war die verzweifelte Antwort auf ein Schicksal, das sich zuerst nach den Regeln des moralisierenden bürgerlichen Rührdramas zu entwickeln schien, um dann in der mißbrauchten Sphäre der korruptierten bürgerlichen Wirklichkeit zu enden.

Die Lebensgeschichte der Frau Guillaume — wir folgen hier hauptsächlich ihren eigenen ungeschminkten Aussagen — beginnt mit einer „Reinigung“. Als mütterliches Proletarierkind hat die Angeklagte in Le Creusot ihre frühen Mädchenjahre verbracht. War sie damals nicht leichtfertig, hatte sie nicht Liebhaber? Sie antwortete auf diese Frage: „Ich war wie alle Arbeiterkinder. Ohne Mutter, war ich sehr frei und lebte mehr auf der Straße als zu Hause. Am Sonntag ging ich tanzen, und das ist alles, was ich mir vorwerfen kann.“

Sie geht 1894 nach Dijon, um eine Stelle zu finden. Niemand will sie nehmen. Mit ihren kurzen Haaren und in ihrem kurzen Kleidchen gleicht sie einem Kinde. Vom

Zwanzigfrankstück, das sie mitgebracht hat, ist bald der letzte Sou ausgegeben. Am 8. März, am Todestag ihrer Mutter, hat sie zum erstenmal nicht die paar Kupferstücke, um Blumen für das Grab zu kaufen. Ein junger Mann sieht sie auf der Straße weinen. Er spricht sie an. Sie erzählt ihm ihre Geschichte, die ihn sehr rührt. Er verspricht ihr Hilfe, ist sehr sanft und gut zu ihr und kauft Blumen für die tote Mutter und auch für sie. Nach acht Tagen wird sie die Geliebte des jungen Herrn Guillaume.

So endet das erste Kapitel mit einem lyrischen Effekt. Das zweite beginnt mit einer unerfreulichen medizinischen Episode. Das junge Mädchen wird durch die Schuld ihres Freundes krank. Immerhin benimmt er sich viel anständiger als die meisten Männer in solchen Situationen. Er nimmt sie zu sich, pflegt sie, unterrichtet sie, erzieht sie. Ihre natürlichen Anlagen entwickeln sich auf das schönste. Acht Jahre — bis 1902 oder 1903 — leben Guillaume und seine Freundin in ungetriebener Glück. In Paris, wo er Medizin studiert, muß sie mit einem Gesamtbudget von 170 Frank alle Kosten eines Haushalts bestreiten, den bald die Sorge für zwei Kinder vergrößert. Auf ihrem Leben während dieser Zeit lastet nicht der geringste Vorwurf.

Guillaume hat sein Doktorat gemacht und etabliert sich in Ceton im Departement Orne. Vorher aber legitimiert er den freien Bund, trotz des Mißvergnügens seiner Eltern, die eine „gute Partie“ für ihn vorzögen. Noch immer ist er also, nach bürgerlichem Begriffen, ein moralisches Musterbild. Da hat es auch weiter nicht viel zu sagen, daß er, der seine Frau „gerettet“, „emporgehoben“ hat, mit seinen Dienstmädchen Liebchaften anknüpft. Nach jähren Zornesausbrüchen ergibt sich auch die junge Frau darein und vergeht.

Doch jetzt trüben Geldsorgen den häuslichen Frieden in wachsendem Maße. Die alten Guillaume sind geizig und der Sohn hat sich gleich bei seiner Installation verschulden müssen. Aber schließlich ging es noch zur Not, wenn Dr. Guillaume nicht vom Teufel des politischen Ehrgeizes gepackt worden wäre. Er verfeindet sich mit dem Gemeinderat, dem Bürgermeister und Präfekten und hat bald einen von seinen Gegnern begünstigten Konkurrenten im Orte. Man forscht auch in seiner Vergangenheit und findet heraus, daß seine Frau jahrelang seine Geliebte war. Man spricht in den gegnerischen Lokalblättern davon. Ohnehin ist die „Gesellschaft“ der schönen Frau, deren Schick und ungezwungenes Benehmen die wackeren Damen der Provinz beleidigt, nicht grün. Man verzeiht einer Arbeiterin, die Geliebte ihres Mannes gewesen zu sein. Aber ich, die Frau des Doktors, ich war eine „Dame“ in den Augen der Leute von Ceton, und da war das ein Verbrechen. Und dann bin ich schon 1900 Rad gefahren, zu einer Zeit, da das im Departement noch für etwas Schreckliches galt. Ich ging in Hosen herum, ich betrieb Schießsport — das galt als unpassend. Und als ich auf die Jagd ging, fand man, ich wolle mich nur bemerkbar machen. Man nannte mich eine Berischwenderin. Wenn ich einen Hut hatte, der mich im ganzen 4 Frank an Material gekostet hatte, suchte ich ihn drei- oder viermal auf und Ceton sagte: „Sieh da, Madame Guillaume mit einem neuen Hut.“ Ich machte mir meine Kleider selbst, aus Resten für 20 Frank, die ich von Paris kommen ließ, und blendete die Damenwelt von Ceton und Umgebung.

Die Politik verringert die Einnahmen Guillaume's immer mehr und steigert seine Ausgaben. Das Wenige, das er verdient, verwendet er für seine politischen Pläne. Das Haus wird von den Gläubigern belagert, den Bitten der Hausfrau setzt er bräusche Weigerung entgegen. Es

Ein verlorrenes Leben.

Erzählung von Octavio Burger.

(32. Fortsetzung.)

„Und was würde ich dadurch erreichen?“ entgegnete sie. Die Absicht des Herrn von Segnitz auf die Hand meiner Herrin würde vielleicht dadurch vereitelt, allein mich würde er dennoch nie heiraten und ich würde obenein meine Stelle auf dem Schlosse verlieren.“

„Und wenn ich Dir nun noch eine bessere verschaffe“, warf der Hauptmann ein.

„Ich bin mit meiner jetzigen zufrieden“, entgegnete Franziska kurz.

Die Worte des Hauptmanns waren überhaupt äußerst unvorsichtig gewesen. Franziska wurde mißtrauisch, weil sie erkannte, daß der Hauptmann sie ruhig opfern werde, wenn er sein Streben dadurch erreiche.

Strehlen bemerkte, daß er unvorsichtig gewesen war.

„Du mußt meinen Scherz nicht als Ernst auffassen“, sprach er lächelnd.

„Herr Hauptmann, und wenn Ihr Scherz wirklich Ernst gewesen wäre?“ warf Franziska ein und blickte ihn scharf, ernst an.

„Vorheit — Vorheit!“ suchte sie der Hauptmann lachend zu beruhigen. „Ich weiß ja doch natürlich, daß der Herr das Vermögen meiner Nichte haben will — also wird er Dich nicht heiraten.“

„Dann hätten Sie die Worte nicht sagen sollen“, bemerkte Franziska. „Ich habe die beste Meinung von mir selbst, allein so blind bin ich nicht und so hoch verzeihen sich auch meine Wünsche nicht. Wer zu hoch hinaus will, fällt leicht!“

„Du hast recht — Du hast recht!“ rief der Hauptmann. „Deutete Strehlen gegen Deine Herrin an, daß er Segnitz zum Mann für sie bestimmt habe?“

„Meine Herrin wählt selbst“, gab Franziska fast trogig zur Antwort.

Der Hauptmann schien dies nicht zu bemerken.

„Küßte er den Wunsch gegen sie, daß sie ihn wählen möge?“

„Rein!“ antwortete das Mädchen kurz.

„Ich soll Dir erst den Mund öffnen“, fuhr der Haupt-

mann mit erzwungener Unbefangenheit fort, obgleich es in ihm stürzte. „Ich verlange auch keinen Dienst von Dir umsonst — Du weißt ja, daß ich Dir jedes Wort bezahle!“

Er griff mit der Hand in die Tasche, Verlegenheit prägte sich auf seinem Gesichte aus, denn er hatte im Augenblicke nicht daran gedacht, daß er kein Geld mehr befrag.

Franziska blickte ihn an. Sie durfte nicht erraten, was in ihm vorging. Er sagte sich schnell.

„Nein, warte“, fuhr er fort. „Ich habe Dir schon längst ein hübsches Geschenk zugezogen — Du sollst es heute haben. Das wird Dich am besten überzeugen, daß ich es nur gut mit Dir meine.“

Er nahm ein kleines goldenes Kreuz aus einem Kasten und gab es dem Mädchen.

Franziskas Augen glänzten. Hastig nahm sie das Kreuz in die Hand und betrachtete es.

„Bist Du nun zufriedener?“ fragte der Hauptmann.

„Ja“, antwortete das Mädchen offen.

Dann erzählte er offen und ohne Scherz, wie es zwischen seiner Herrin und dem — Herrn von Segnitz steht. Aber ohne Umschweife. Glaubst Du, daß meine Nichte den Menschen nehmen würde, wenn er um ihre Hand anhielte?“

Die Jose zögerte mit der Antwort. Sie schien zu überlegen.

„Wenn er noch eine Zeitlang wartet und es klug anfängt — ja!“ sprach sie mit Entschiedenheit.

„Du sagtest mir erst kürzlich, daß sie meinen Sohn noch immer liebt“, warf der Hauptmann ein.

„Sie tut es auch jetzt noch, allein das wird für den Herrn von Segnitz nur günstig sein. Sie bevorzugen meine Herrin falsch. Sie ist gut und liebt das Einfache, es lebt indes ein fester weiblicher Stolz in ihr. Ihr Herz hat sich tief getränkt gefühlt, daß ihr Sohn, dem es gehörte, es zurückgestoßen hat. Sie will dies nicht verraten, mit allen Kräften sucht sie es zu verbergen und um andere und sich selbst zu täuschen, wird sie dem Herrn von Segnitz ihre Hand reichen.“

Der Hauptmann begriff, wie viel Wahres hierin lag. Unwillig stampfte er mit dem Fuße auf die Erde.

„Es darf nicht geschehen!“ rief er. „Es soll nicht geschehen!“

„Franziska, Du mußt es zu verhindern suchen —

mußt alles aufbieten — Du weißt, daß ich es Dir reichlich lohnen werde!“

„Was kann ich dagegen tun?“ warf Franziska ein.

„Du bist klug, Mädchen! halte Deinen eigenen Vorteil im Auge. Du weißt, was ich Dir zugesichert habe, wenn Du das Deine tust, daß Deine Herrin meinen Sohn heiratet!“

Glaubst Du, ich weiß nicht, daß Du den jungen Jäger liebst? Der Förster ist ein alter Mann. Er kann bald sterben, und wenn nicht, so würde er in den Ruhestand versetzt, der Jäger bestimme die Stelle: Du würdest Frau Försterin und ich denke, das würde Dir schon gefallen!“

Franziska war erdbet. Dies bewies, daß der Hauptmann das Richtige nur zu gut erkannt hatte. Sie leugnete es auch nicht, daß sie den Jäger liebte.

„Und wenn er mich denn doch nicht heiratete, sondern ein anderes Mädchen?“ warf sie ein.

„Hoho! Schas!“ rief der Hauptmann, „dafür würde ich schon sorgen! Glaubst Du, der Bursch würde die Stelle erhalten und man würde es ganz seinem Belieben anheimstellen, sich irgend ein Mädchen auszusuchen? Du mußt mich für sehr kurzichtig und töricht halten. Ich würde die Sache ganz anders angehen. „Wilhelm“, würde ich zu dem Burschen sagen, „du kennst die Franziska! De, ein flottes Mädel! hübsch, klug und anständig. Das wäre so eine Frau für dich! Eigentlich ist sie viel zu gut für dich — viel zu gut! Aber eine schmutzige Försterin müßte sie werden! De! Wenn sie dort im Försterhause wohnte und morgens mit einem Häubchen auf dem Kopfe aus dem Fenster schaute — ich meine, es paßte kein Mädchen besser als Frau in das Försterhaus hinein, als sie. Nun sieh zu, ob du bei ihr etwas ausrichtest. Mach ihr den Hof, aber lang es klug an, denn die Franziska weiß recht gut, was an ihr ist und daß sie noch einen ganz anderen Mann bekommen kann. Also lang es klug an. Wenn das Mädchen dich heiraten will, so laßst du bald Hochzeit machen und als Förster in das Försterhaus einziehen. Und da Franziska ihrer Herrin treu gedient hat, so soll es an einer guten Mitgift nicht fehlen, auch nicht an einigen Tausend Talern! Das überlegt dir einmal. Bursch! — Wenn du indes nicht willst, wenn du andere verrückte Gedanken im Kopfe hast, so laßst du dich soaleich zum Ruckst scheren und machst Holzschläger werden, denn die Försterstelle wirst du hier nie erhalten!“ — Sieh, so werde ich zu

fehlt an Stroh im Stalle, an Brot im Schranke. 1903 tritt Dr. Guillaume zu Herrn Wattremez in Beziehung, einem jungen Manne, der Sekretär seines politischen Komitees ist. Eines Abends, da das Paar verzweifelt die Situation überdenkt, sagt der Doktor: „Sprich mit Wattremez.“ Die Frau erwidert: „Nein, er macht mir den Hof.“ Darauf er: „Ach was, Du bist dumm. Du bildest Dir ein, alle Welt mache Dir den Hof.“ Wir sprachen lange über die Sache. Endlich gab ich nach. Am nächsten Tage ging ich Herrn Wattremez um einen Kredit von 5000 Frank für meinen Mann an. Er sagte, er wolle wohl, aber er hoffe, daß ich mich ihm erkenntlich zeigen werde, denn er tue es ja nur für mich um. Am Abend erzählte ich meinem Manne von dem Handel. Er begann zu weinen und ich weinte auch. „Wir bleiben nichts übrig, als vor Hunger zu krepieren.“ sagte er dann; „meine Eltern verweigern mir alle Unterstützung, alles hat mich verlassen.“ Darauf erwiderte ich ihm: „Ich will tun, was Du willst.“ Er entgegnete: „Ich lasse Dich frei. Aber dieses Opfer würde mich retten.“ Herr Präsident, ich hatte keine Schärfe mehr für die Kinder. Ich wachte die unsern selbst, damit die Dienstmädchen nicht die Lächer lähen. . . . Einige Tage später ließ mich mein Mann mit Herrn Wattremez nach Tours reisen, und auf dieser Reise wurde ich die Geliebte dieses Herrn.

Herr Wattremez leiht die 5000 Frank, dann noch einmal geringe Summen. Er trägt die Kosten des Haushalts, kleidet die Kinder. Wenn er mit Frau Guillaume mehrtägige Fahrten nach Paris unternimmt, wo sie Einkäufe für die Kinder machen und für den Doktor selbst Geschenke einkaufen, begleitet dieser das Paar zum Bahnhof. In einem seiner Briefe aus jener Zeit heißt es: „Wenn sie schon einen Geliebten haben muß, ist es mir gleich, ob es der oder jener ist.“ Trotzdem will Frau Guillaume über ihn nicht den Stab brechen lassen: „Sie wissen nicht, Herr Präsident, was die Not einen treiben kann. Wenn man von den Nöwendigkeiten des Lebens bedrängt wird, wenn man Kinder zu ernähren hat. . . . Und dann — mein Mann wollte sein Ziel erreichen. Er hatte eine politische Überzeugung, er setzte sich mit Starrsinn für sie ein. Ich lasse nicht los, sagie er, und wenn ich vor Hunger krepieren muß. Er hätte es auch getan, wenn ich nicht nachgegeben hätte.“

Das Opfer der Frau Guillaume war unionsj. Am Anfang dieses Jahres zieht sich der zahlende Liebhaber zurück und alle Schrecken der Not brechen über das Haus des Doktors herein. Die Szenen zwischen dem Ehepaar, hervorgerufen durch die Geldforderungen der Frau, werden immer heftiger. In den harten Worten gellen sich Schläge. Und eines Tages, beim Durchgehen einer Schublade, muß die Frau die Entdeckung machen, daß ihr Mann seine Fingerringe und seine Scheidung von ihr vorbereitet. Am nächsten Morgen tritt sie in sein Arbeitszimmer und verlangt von neuem Geld von ihm. Er erwidert mit Beschimpfungen und packt sie schließlich an der Gurgel. Da reißt sie sich los, rennt in ihr Zimmer, holt einen Revolver und schießt durch die halbhohe Tür, ohne zu zielen. Vier Schüsse gehen daneben, zwei treffen Doktor Guillaume tödlich.

Die Zeugnisaussagen konnten an dem Bilde, das die Aussagen der Angeklagten gegeben hatten, nichts ändern. Die alte Frau Guillaume, die Mutter des Erschossenen, jagte gegen die Angeklagte mit Provinzialstolz und jahrelangemitterlicher Bosheit aus, einige existierende Dienstmädchen liehen dem lokalen Klatsch die Zunge. Ein Entlassungszeugnis aber hat Dr. Guillaume seiner Frau, als sie Geld verlangte, um ihren Kindern Essen zu geben, antworten gehört: „Du hast einen Liebhaber, also soll er Dir geben.“

Die Geschworenen brachen nach einer Beratung, die kaum fünf Minuten gedauert hatte, die Angeklagte frei.

Soziales und Parteileben.

Die Erfolge der Leipziger Arbeiterbewegung.
In der letzten der Sitzungen des Kommunalwahlkomitees und der Firma Blüthner wurde die Organisation der Arbeiterbewegung in Leipzig und der Kommunalwahl der Arbeiterbewegung in Leipzig als ein großer Erfolg betrachtet. Die Verhandlungen über die Forderung der Arbeiterbewegung in Leipzig wurden in der letzten Sitzung des Komitees abgeschlossen. Die Verhandlungen über die Forderung der Arbeiterbewegung in Leipzig wurden in der letzten Sitzung des Komitees abgeschlossen.

„Und durch wen soll sie es erfahren?“ fügte er fragend hinzu.
„Sagen Sie in Dresden irgend jemand zu vermögen, daß er in dem Sinne an ihren Vater schreibt. Mein Herr hat seine Tochter viel zu sehr, als daß ein solcher Brief nicht den besten Eindruck auf ihn machen sollte. Er würde dann eben so sehr bemüht sein, meine Herrin gegen den Herrn von Segnis zu stimmen.“
„Du hast recht!“ rief der Hauptmann ein, dem der geborene Mut zu fehlen schien. „Ich werde den Weg versuchen.“
— Nun noch ein Spruch: Deine Herrin wie mehr von meinem Segnis?“
„Kein Wort.“
„Auch ihr Vater nicht?“
„Auch er nicht.“
„Kannst Du, daß es mit gelingen wird, sie zu überzeugen?“
„Ja, nicht — vielleicht später, wenn beide erst noch einige unangenehme andere Erfahrungen gemacht haben. Nachher Sie jetzt keinen Versuch zur Verhängung, stellen Sie sich, als ob alles, was an dem Schloße vorgeht, Sie gar nicht kümmere, als ob Sie sich in das Geschehene endlich nicht geäußert hätten!“
Der Hauptmann versprach, auch Maria des Mädchens das zu bezeugen.
„Du magst sicher kommen, Franziska.“ sprach er. „Halt nur auf dem Schloße Augen und Ohren offen, Du bist es für Dein eigenes Glück!“
Franziska schaute sich zur Heimkehr an.
„Wunderschön! Du wirst mit jedem Tage hübscher, Mädchen!“ rief der Hauptmann, indem er ihr schmeichelt mit der Hand unter das Kinn faßte und ihr den Kopf emporkippte. „Nimmer hübscher.“ Es ist gut, daß ich nicht zwanzig Jahre jünger bin, sonst würde ich auf den Jäger eierständig werden! Der Dorsch verdient gar ein solches Glück, welches ihm bewahrt bleibt!“
Kaspar hob und er Franziska fort.
„Was hast du für einen Namen?“ fragte er. „Hast du eine Waise?“
„Nein, ich bin die Tochter eines Kaufmanns, der in Leipzig wohnt.“
„Wie heißt er?“
„Er heißt Herr von Segnis.“
„Wo wohnt er?“
„Er wohnt in der Hauptstadt.“
„Wie heißt er?“
„Er heißt Herr von Segnis.“
„Wo wohnt er?“
„Er wohnt in der Hauptstadt.“

renzen festgelegt worden. Die Vertreter der Musikindustrie ermächtigten die Firma Blüthner, entgegen ihren festgelegten Beschlüssen, als Höchstgrenze nur 5 Proz. Aufschlag auf Lohn- und Akkordarbeit zu gewähren, über diese Grenze hinaus zu gehen. Der Vergleichsvorschlag, den die Arbeitervertreter der Firma schon vor der Arbeitsniederlegung unterbreitet hatten, wurde akzeptiert und auf diesem sollte weiter verhandelt werden. Die einzelnen Branchen haben ihre Akkordsätze aufgestellt, die in den dreitägigen Verhandlungen gemeinsam mit den Vertretern der Firma geprüft und bis auf geringfügige Differenzen anerkannt wurden. Unter Berücksichtigung einer Anzahl besonders aufgehobener Akkordpositionen ist eine Lohnerhöhung von 7 1/2 Proz. durchschnittlich erreicht worden. Die Aufschläge auf die einzelnen Akkordsätze bewegten sich zwischen 2—33 1/2 Prozent. Außerdem wird in Zukunft den Akkordarbeitern bei eventueller Lohnarbeit der im letzten Vierteljahr im Durchschnitt berechnete Akkordstundenverdienst gewährt. Sämtliche Lohnarbeiter erhalten eine Lohnzulage von 4 Bfg. pro Stunde, was pro Woche und Person 2,12 Mark Mehrerwerb bedeutet. Die Arbeitszeit wird auf 58 Stunden festgelegt. Der Mindeststundenlohn für Fischer beträgt 52 Bfg., für Maschinenarbeiter 47 Bfg.: für Überstunden wird ein Zuschlag von 15 Bfg. pro Stunde gewährt. Maßregelungen finden nicht statt; auch soll in Zukunft den Arbeitern wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation keinerlei Hindernis bereitet werden.

Ein Minutantenstreik. In Bozen sind die Minutanten in eine Lohnbewegung eingetreten. Da ihre Lohnforderungen nicht bewilligt wurden, haben sie die Arbeit niedergelegt. Aus diesem Grunde mußte am vorigen Donnerstag ein Begräbnis ohne die Mitwirkung von Minutanten stattfinden, wodurch die Lohnbewegung zur Kenntnis der Öffentlichkeit kam. Ein weitestgehender Zutritt von Arbeitswilligen scheint bis jetzt noch nicht stattgefunden zu haben.

Verordnung der Leipziger Malerinnung. Der achtwöchige Streik der Leipziger Malergehilfen führte nicht zum Tarifabschluss. Da die Unternehmer an ihrem Angebot festhielten und jede Verhandlung ablehnten, so wurde in diesem Jahre ohne Tarif gearbeitet. Erst jetzt, wo die Arbeit im Malerberuf zu Hande geht, bemühen sich die Unternehmer auf ihre in Hannover als neues Evangelium gepredigte Tarifmässigkeit und versuchen, den Gesellenauschuss zu zwingen, den von der Innung aufgestellten Tarif ohne jegliche Verbesserung zu unterschreiben. Verhandlungen lehren man nach wie vor ab. Daß nun die Gehilfen gar in einer Versammlung sich bereit erklären, einen Tarif mit der Innung abzuschließen, wenn für das nächste Jahr eine entsprechende Erhöhung des Mindestlohnes vorgehen würde, will den Herren gar nicht passen, glaubt man doch, daß die „belegten“ Gesellen, in der Voraussicht der arbeitslosen Zeit, jetzt „aus der Hand freien“ würden. Da diese Rechnung nicht ganz stimmt, bräut man finstere Rache. Allen Innungsmitgliedern ging vom Innungsvorstand die Aufforderung zu, ihren Gehilfen unverzüglich folgenden Revolvers vorzulegen:

„Unerschrockener erkläre hiermit ausdrücklich, daß er keiner Organisation der Maler-, Lackierer- und Anstreichergehilfen angehört und verpflichtet sich, diese Organisationen weder moralisch noch finanziell zu unterstützen.“
Leipzig, den . . . November 1907.

Wer nicht unterschreibt, soll auf die schwarze Liste gesetzt werden. Glauben die Leipziger Innungshelden wirklich, auf diese Weise die Gehilfen unterzuzwingen?

Bundesarbeiterbewegung. Gesperret sind: Annaberg-Buchholz, Dornitz, Dornitz-Altena und Wandsbeck, Gien (Rath), sowie die Firma Scheibe (für Eisenarbeiter) in Gien. Obererich: Gesperret sind: Laibach (Krain), Reichenberg (Sachsen). Ungarn: Budapest ist gesperrt. Schwyz: Gesperret sind: Basel, Bern und Zürich, sowie die Firma G. Bucher, Buchdruckerei in Luzern. Infolge ausgedehnter Differenzen bei der Firma J. Neumann u. Sohn in Prag (Mähren) werden die Kollegen vor Reize und Arbeitsaufnahme nach diesem Orte gewarnt.

Ein beladener Reichsverbandler. Der Fabrikbesitzer und Stadterwerber Peters in Rachenow hatte sich im Dezember dieses Jahres an der Sammlung der dortigen bürgerlichen Parteien zu einem antisozialdemokratischen Wahlzettel für die Stadterwerberwahl beteiligt. In einem Bericht, den unser Brandenburger Parteigänger über diese Sammelaktion brachte, war deshalb Peters, der weiteren Kandidaten Genossen schon bei der Reichstagswahl als reichsverbandlerischer Wahlkämpfer bekannt geworden war, ein „Vertrauensmann des Reichslügenverbandes“ genannt. Das gab Herrn Peters Veranlassung, gegen die „Brandenburger“ Strafantrag zu stellen, der von dem Staatsanwalt auch sofort ex officio erhoben wurde. Am

Dienstag fand die Verhandlung vor der Strafkammer in Brandenburg statt. Der angeklagte Redakteur, Genosse Berner, wurde zu 50 Mk. Geldstrafe und den üblichen Nebenstrafen verurteilt. Das Gericht fand in den Worten „Vertrauensmann des Reichslügenverbandes“ eine formelle Beleidigung, die strafbar sei, es ließ aber unentschieden, ob der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie diesen Namen verdient oder nicht. Zu Gunsten des Angeklagten wurde angenommen, daß der Ausdruck „Reichslügenverband“ viel gebraucht werde; auch ließ das Gericht die von dem Angeklagten betonte Tatsache als gerichtsnoteurisch gelten, daß der Reichsverbandsgeneral Abg. v. Liebert am 15. März d. J. im Reichstage namens der 15 000 Mitglieder seines Verbandes den Ausdruck „Reichslügenverband“ als Ehrennamen für den Verband in Anspruch genommen habe. Nichtsdestoweniger bleibt nach Ansicht des Brandenburger Gerichts der Ausdruck beleidigend für jeden einzelnen, der sich durch ihn persönlich getroffen fühlt. Das aber hatte der Strafantragsteller, Fabrikbesitzer Peters, von sich behauptet. Er erklärte, daß er früher Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gewesen, seit einiger Zeit aber aus geschiedener sei. Beleidigt würde er sich auch gefühlt haben, wenn er noch Mitglied wäre. Über die Gründe seines Ausscheidens schwieg sich der Herr aus. Ob ihm die Gesellschaft, deren „Ehre“ er zu retten unternahm, nicht doch etwas anständig geworden ist?

Zur englischen Eisenbahnerbewegung. Das Sonnabend mitgeteilte Abkommen zwischen den Eisenbahngesellschaften und den Vertretern der Angestellten soll auf sieben Jahre gelten. Nachdem die Vertreter der sechs großen Bahnen das Abkommen unterzeichnet haben, ist dessen Annahme durch die kleineren Bahnen gewiß. Das „B. L.“ berichtet: „Bemerkenswert ist, daß das Abkommen keinen Unterschied zwischen Trade Union-Arbeitern und freien Arbeitern macht und nur Unterschiede bezüglich der verschiedenen Berufsgruppen kennt. Die Unionisten sind daher nicht sonderlich von dem Abkommen befriedigt. Einer der Sekretäre der Amalgamated Society, Barnes, sprach denn auch schon gestern nach dem Bedauern darüber aus, daß das Abkommen den Unionisten nicht die Anerkennung gibt, auf welche sie Anspruch haben, während der Präsident Bell ganz zufrieden erklärte: Früher waren die Direktionen unsere Feinde, heute haben wir uns die Hände geschüttelt und sind Freunde.“

In Fürstentum a. O. erzielten unsere Genossen bei der Kommunalwahl einen vortrefflichen Erfolg. Während 1905 auf die Genossen nur 25 und 27 Stimmen entfielen, waren es bei der Wahl am Mittwoch 99 bzw. 112 Stimmen. Die Gegner haben 105 und 108 Stimmen erhalten, während noch 28 und 14 zerplitterte Stimmzettel gezählt wurden. Stichwahl ist also erforderlich. Es haben hier erhebliche Teile der Bürgerlichen für unsere Kandidaten gestimmt, nachdem Genosse Crauer in einer bürgerlichen Versammlung das sozialdemokratische Kommunalwahlprogramm vorgetragen und erörtert hatte.

Kommunalwahlsiege in Thüringen. Bei einer Ortswahl in der Gemeinde von Empfershausen (Sachsen-Weimar) siegte unser Genosse Kunitzschiger über. Für die nächste Tage stattfindenden Neuwahlen hoffentlich ein gutes Anzeichen. In Arnstadt (Schwarzburg-Sondershausen) gelang es in der dritten Abteilung, von zweien nur einen Sitz zu erringen. Genosse Kesseler wurde mit 751 gegen 672 Stimmen, die der bürgerliche Gegenkandidat erhielt, gewählt. — In Alstedt (Sachsen-Weimar) siegten unsere Genossen glänzend. Von sechs zu vergebenden Sitzen nahmen sie fünf ein. Es wurden gewählt die Genossen Schäß, Becker, Amme, Heise und König. Der Alstedter Gemeinderat besteht nun aus sechs Sozialdemokraten und sechs Bürgerlichen. — In Gieschenda (Schwarzburg-Sondershausen) siegten unsere Genossen in der 3. Abteilung. Mit 85 und 92 Stimmen wurden unsere Genossen gewählt, während es die Gegner nur auf 45 und 50 Stimmen brachten. In den nächsten Tagen finden noch in einer ganzen Anzahl von Gemeinden der thüringischen Staaten die Kommunalwahlen statt. Mögen die vorstehenden Siege die guten Vorzeichen für die noch folgenden Wahlen sein.

Der Reichsverbandler ist schuldig, aber straffrei. Eine interessante Verhandlung fand vor dem Landgericht für die Stadt Centralang., ein angeblich unparteiisches, in Wirklichkeit aber sehr parteiisches Blatt, das einen wütenden Kampf gegen die Sozialdemokratie führt und keine geistigen Waffen aus dem Arsenal des Reichsverbandes bezieht, hatte in der Wahlbewegung des letzten Winters die mit ganz ruppigen Ausfällen gespielte Behauptung aufgestellt, der Sozialdemokratische Verein habe Arbeiterpennie zu zweckwidrigen Bestimmungen verwendet, indem er aus der Kasse der Arbeiter einer Möbelfabrik 100 Mk. verlangt und, nachdem die Opposition mundtot

„Noch einmal überdachte er alles, was er mit Franziska besprochen hatte. Er war fest entschlossen, von Dresden aus einen Brief an Strehlen schreiben zu lassen, in welchem Segnis Leben in den künftigen Jahren gemalt war.“
Der Advokat Kunis mußte ihm hierbei behilflich sein; er mußte den Brief vermitteln. Einenteils deckte er sich hierdurch selbst den Rücken, sodann war der Advokat in solchen Sachen auch viel erfahrener und vorsichtiger.
Er beschloß, sogleich am folgenden Tage sich nach Hartenstein zu Kunis zu begeben. Er mußte ihn ohnehin besuchen, weil er dringend Geld bedurfte.
Seine Hoffnungen waren wieder um ein gutes Teil gewachsen, seine Stimmung war heiterer geworden. Er griff nach seinem Hute, um einen Spaziergang zu machen, als die Tür geöffnet wurde und Kunis eintrat.
„Ah — wie gerufen kommen Sie, Advokat,“ rief der Hauptmann freudig überrascht. „Wissen Sie, daß ich morgen zu Ihnen kommen wollte! Auf mein Wort, ich wäre gekommen. Jetzt ersparen Sie mir den Weg!“
Er streckte ihm die Hand zum Gruße entgegen.
„Und ich hätte mir democh den Weg nicht ersparen können, auch wenn ich genutzt hätte, daß Sie mich morgen besuchen würden“, entgegnete der Advokat.
„Was haben Sie denn?“ fragte der Hauptmann unbefangen. „Sie machen ein so ernstes Gesicht. Hoffentlich etwas Gutes!“
Der Advokat zuckte einige Male mit den Achseln.
„Ich glaube nicht, daß es etwas Gutes ist“, erwiderte er. „Ich kann zwar die Folgen durchaus nicht absehen, allein ich glaube, man tut ganz vernünftig, wenn man stets nur nach dem Gegebenen urteilt.“
„Was haben Sie denn?“ fragte der Hauptmann gespannt.
„Ich hätte es mir fast denken können, daß eine gute Nachricht Sie nicht so schnell zu mir getrieben hätte.“
Wieder zuckte der Advokat mit den Schultern.
„Was ich tue, tue ich nur in Ihrem Interesse“, gab er zur Antwort.
„Nun, so sprechen Sie!“ rief Strehlen ungeduldig.
„Das Mädchen — die Tochter des Landeshauptmanns ist auf Leipzig entlassen!“
Unwillkürlich trat der Hauptmann bei diesen Worten erschrocken einen Schritt zurück. (Fortsetzung folgt.)

gemacht worden sei, auch erhalten und für Wahlzwecke verwendet habe. Da das Blatt nicht zu bewegen war, diese gänzlich aus der Luft gegriffene Behauptung richtig zu stellen, sondern höhnisch erklärte, die 100 Mk. würden schon einmal in einer Quittung zum Vorchein kommen, leitete die Verwaltung des Sozialdemokratischen Vereins Beleidigungsklage ein. Am 19. September verurteilte das Schöffengericht Fürtch den verantwortlichen Redakteur des „Centralanz.“ zu 10 Mk. Geldstrafe. Dagegen erhob er Einspruch, und das Landgericht Fürtch als Berufungsinstanz fällt ein merkwürdiges Urteil. Es erkannte den Angeklagten für schuldig, erklärte ihn aber für straffrei, weil die Vorstandschast des angegriffenen Vereins, nachdem Kraus an der unwahren Behauptung beharrlich festhielt, diese Behauptung in der Fürtcher „Bürgerztg.“ als eine Lüge bezeichnet hatte!

Aus dem Gerichtssaal.

Agitation für den Antimilitarismus. Der Obergefreite der Landwehr ersten Aufgebots, Mühlenbesitzer Reinhold Krimmling aus Halle a. S. hatte eines Tages im August auf dem Bezirkskommando wegen Erkrankung seiner Mutter, die operiert werden sollte, den Major Kraus gebeten, ihn von einer Übung zu befreien. Als der Major ihn aber abschlägig beschied, sagte Krimmling: „Ja, dann muß ich weiter gehen, das wollen wir doch mal sehen.“ Krimmling erhielt für die Bemerkung zunächst drei Tage Mittelarrest und dann kam er noch auf Veranlassung des Gerichtsherrn wegen Nichtausverlegung mit Drohung vor das Kriegsgericht, wo man Milde walten ließ und ihn „nur“ zu zehn Tagen Mittelarrest verurteilte. — Wird der Mann mit Freunden an seine treue Dienstadt zurückdenken.

Ungetreue Kassenrentanten. Unter der Auflage der Amtsuntererschlagung stand in Berlin der frühere Rentant der Himmelfahrtsgemeinde, Gerichtsassistent Oskar Schulz, vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Der bisher völlig unbescholtene Angeklagte beteiligte sich lebhaft an dem kirchlichen Leben; er war Kirchenältester, Mitglied der Synode und wurde vor mehreren Jahren zum Rentanten seiner Kirchengemeinde gewählt. Als solcher verwaltete er die Kassen und nahm auch die Gelder in Empfang, die der Gemeinde von der Stadtsynode zu baulichen und sonstigen kirchlichen Zwecken überwiesen wurden. Er hat das in ihn gesetzte Vertrauen schwer getrübt und seit Jahren Unterschlagungen begangen, die schließlich die Gesamtsumme von 14—15000 Mk. erreichten. Schulz wurde zu einem Jahre neun Monaten Gefängnis verurteilt. — Die endgültig festgestellte Summe der Unterschlagungen des Stadtratsmeisters Kumpf in Oberhausen (Aheinland) beträgt, wie in der letzten Stadtverordnetenversammlung mitgeteilt wurde, 35 484,75. Für etwa 30 000 Mk. kann die Stadt Deckung erlangen. In der letzten Sitzung des Verfassungsausschusses zu Offenbach a. M. machte der Oberbürgermeister Dr. Dullo die Mitteilung, daß bei Prüfung des Nachlasses des plötzlich verstorbenen Ober-Stadtschreibers Max Schmidt sich Unregelmäßigkeiten ergeben haben. Vergegenwärtigt man sich nach einem Staatspapier, das hätte vorhanden sein müssen; in der Kasse der Technischen Hochschule, die der Beamte führte, wurde ein Manko von 1000 Mk. entdeckt; im Sicherheitsleistungsvorzeichnis stimmen die aufgeführten Summen nicht mit den tatsächlich geleisteten überein usw. Die Unregelmäßigkeiten liegen Jahre zurück und hätten festgestellt werden müssen, wenn unter dem früheren nationalliberalen Bürgermeister Brink ordentliche Revisionen stattgefunden hätten.

Menschen, die den Pfad verloren.

Seit dem 1. Februar 1903 ist beim Stuttgarter Polizeiamt eine Polizeiasistentin angestellt: die Schwester Henriette Arendt. Was seither über die Tätigkeit dieser Frau bekannt geworden ist, hat in allen human denkenden Kreisen nur vollste Befriedigung und Zustimmung gefunden. Schwester Arendt hat vor etwa Jahresfrist in einem öffentlichen Vortrag, den auch der „Volkshote“ wiedergab, und in den letzten Monaten in einer Zeitschrift einige Erfahrungen zum Besten gegeben. Sie zog damit für einen Augenblick den Vorhang zurück und ließ einen Blick in die Abgründe des sozialen und moralischen Elends, das die den Segen der christlichen Kirche genießende kapitalistische Wirtschaftsbildung in stets wachsendem Maße tagtäglich erzeugt. In größerer Ausführlichkeit wendet sich Schwester Arendt nunmehr mit einem im Verlage von M. Niemmann in Stuttgart erschienenen Büchlein an die Öffentlichkeit, das den Titel führt: „Menschen, die den Pfad verloren.“ Reichstagsabgeordneter Raumann hat der Schrift einige Worte zur Einführung und Empfehlung gewidmet. Er hebt hervor, daß Schwester Arendt sich als Vertreterin eines Berufs vorstellt, der bis vor kurzem als ein rein männlicher erschien.

Was hat die Polizei mit Weiblichkeit zu schaffen? Mehr als man gewöhnlich weiß? Das ganze Heer der armen gebrochener Weiblichkeit in den Großstädten wird von den Polizeileuten kontrolliert, inhaftiert, ins Elend hinein festgebunden oder aus ihm herausgezogen. Der Polizist ist der Vertreter der Staatsgewalt gegenüber allen Bettelarmen, Diebinnen, Dirnen, und zwar ist er das gleichsam im Nebenamte. Die „Weiber“ werden von ihm je nachdem mit Härte oder Gutmütigkeit, barsch oder nachsichtig unter Paragrafen gebracht, was aber aus der der einzelnen wird, liegt jenseits der Amtsbearbeitung der Männerpolizei. Hier kann nur weibliche Polizei helfen. Wie sie zu arbeiten hat, läßt sich nicht von vornherein durch fertige Instruktionen vorschreiben, sondern muß von denen erprobt werden, die zuerst in dieses Amt berufen sind. Eine von den wenigen Frauen, denen es gegeben ist, Psabinderin, auf diesem neuen und schwierigen Gebiete zu werden, ist Schwester Arendt. Das, was sie uns bietet, ist kein festes System staatlicher Polizei, sondern ein Einblick in einen erst werdenden Staatsberuf, damit aber in aller Schlichtheit und Einfachheit ein nicht unwesentlicher Beitrag zum Eindringen der Frau in öffentliche Ämter. Wer diese Blätter gelesen hat, wird und muß sagen: es gibt staatliche Obliegenheiten, die nur von Frauen erledigt werden können und die überhaupt nicht erledigt werden, wenn wir nur Männerbeamte haben!

Damit ist die Schrift durchaus richtig charakterisiert. Die große soziale Krankheit der Prostitution wird zwar in dem kleinen Buche nicht erschöpfend untersucht, wohl aber werden die Erfahrungen der Schwester Arendt in mancher Hinsicht zur Aufklärung beitragen. Die Verfasserin ist auf dem besten Wege, die Wurzel der Verbrechen und der sittlichen Verkommenheit durch ihr eigenes Graben in die Tiefe zu entdecken. Das beweist sie vor allem in ihren Schlüssen:

„Die heutige Zeit hallt wider von heftigen Anklagen gegen die Einrichtungen der menschlichen Gesellschaft, deren Mangelhaftigkeit es verschuldet, daß viele der Jertum verfallen und vom Pfad des Rechts und der Tugend abwichen. Die bittere Begegnung ist noch nicht gebannt, die einst das Lied des alten Harfenpielers in Wilhelm Meister durchzitterte:

Ihr führt ins Leben uns hinein,
Ihr laßt den Armen schuldig werden,
Dann überlaßt ihr ihn der Pein.“

Aber es muß das einmütige Bestreben aller von Liebe und Erkenntnis erfüllten Menschen sein, einen Zustand herbeizuführen, in dem die menschliche Gesellschaft von der Unflage mangelhafter Pflichterfüllung reiflos freizusprechen ist und wo über Schwache und Verirrte nicht mehr von oben herab pharisäerhaft der Stab gebrochen, sondern wo die auch in ihnen schlummernde menschliche Würde geachtet wird und ihre Persönlichkeiten in den Kreis der übrigen Menschheit als gleichberechtigte Glieder zurückgeführt werden können.“

Wer das Buch aufmerksam liest, kann sich Blatt für Blatt überzeugen, wie recht die Verfasserin mit ihren vorläufigen Andeutungen hat. Sie erzählt Duzende und aber Duzende von Fällen aus ihrer Praxis, und fast ausnahmslos ergibt sich die Lehre aus den Schilderungen, daß es nicht angeborene menschliche Verworfenheit ist, welche die bedauernswerten Menschenkinder in den Sumpf des Elends und der Schande führt, sondern daß die sozialen Verhältnisse es sind, die die weniger Widerstandsfähigen vom Pfad hinabstoßen in den Abgrund. Von der Hauptgruppe der weiblichen Polizeigeisungen sagt Schwester Arendt zum Beispiel:

„Es sind die erblich Belasteten, von dem Schicksal grausam Entertben, prädisponiert für ein Leben voll Sünde und Elend. Vater Trinker, Mutter Diebin, Väter im Zucht haus, Mutter Prostituierte, Vater im Irrenhaus, Mutter Trinkerin oder beide Eltern Verbrecher, beide Trinker: viele Kinder sind unehelich geboren, haben Stiefvater oder Stiefmutter; es ist fast immer dasselbe Bild in den verschiedensten Variationen, das sich hier bietet. Oft haben die Eltern ihre Kinder in Kost gegeben und dann nichts mehr von sich hören lassen, oder sie mißhandelt und gepeinigt, um ihren Tod herbeizuführen, oder sie früh zum Laster angehalten. So wachsen die Geschöpfe auf, ohne etwas Rechtes gelernt zu haben, bettelarm, körperlich schwach, geistig fast immer defekt, ohne Glauben, ohne Gewissen, unter scheußlichen, jeder Sittlichkeit hohnsprechenden Wohnungsverhältnissen, von ihren eigenen Leidenschaften gehebt und geängstigt, vom Schicksal grausam verfolgt; sie enden gewöhnlich hinter den Jäunen, auf der Landstraße, in den Gassen der Großstadt, im Gefängnis, im Arbeitshaus oder im Zuchthaus.“

Aus Nah und Fern.

Die Unterschlagungen des früheren Schatzmeisters des Deutschen Gastwirts-Verbandes, die jetzt zum Einschreiten seitens der Staatsanwaltschaft geführt haben, eregen in Berliner Gastraiskreisen großes Aufsehen. Der geschäftsführende Vorstand hatte erst geglaubt, die Sache vertuschen zu können; das ist aber nun unmöglich geworden, nachdem bekannt wurde, daß nicht weniger als 155 000 Mk. Unterbilanz vorhanden sind. Es sollen Wechselzahlungen in erheblichem Umfang vorgekommen sein. Ein Teil der fehlenden Summe ist dadurch gedeckt worden, daß die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes in Berlin Wirtshäusern übernommen haben.

Einem „Kampf“ gegen die Bordelle führten seit längeren Jahren die Dresdener Stadtväter, die von den Besitzern der in der Nähe der Bordelle gelegenen Häuser dazu gedrängt, sich immer wieder mit der „Beseitigung“ dieses „notwendigen Übels“ beschäftigten. Die Besitzer der Häuser in der Gerber-, Fron- und Jahnsasse schoben nämlich die angebliche „Entwertung“ ihrer Grundstücke vor und jammernten mit anderen Interessenten über die sittlichen Gefahren, welche aus dem Gebaren der Prostituierten erwachsen. Die Stadtväter kamen der längeren Jahren zunächst dazu, bauliche nicht die Bordelle auszuräumen, sondern nur zu dem Antrage, die Wohnungen der Prostituierten auf bestimmte Häuser zu beschränken, die nicht in der großen Verkehrszone liegen, nachdem die Polizeibehörde einen früheren Beschluß wegen Nichtzulassung von Bordellen in der Jahnsasse usw. abgelehnt hatte. Da der erneute Beschluß auch keine Gegenliebe fand, beschloß man, ihn später dahin zu erweitern, daß das Wohnen von Prostituierten nur in Häusern stattfinden darf, in welchen keine Kinder und keine jungen Leute unter 16 Jahren wohnen. Dabei blieb es. Eine Reihe Verhandlungen mit dem ärztlichen Bezirksverein, der Kreishauptmannschaft und dem Ministerium führten kein anderes Resultat herbei. Im Jahre 1903 wurde die Frage wieder aufgerollt. Die Polizeidirektion machte ihre Stellungnahme von der Entschlieung der städtischen Kollegien bezüglich der von der Polizeidirektion angeregten Gründung einer Krankenkasse für Prostituierte abhängig, die am 1. Juli 1905 ins Leben trat. Nachdem diese Voraussetzung erfüllt, rekurrierten die städtischen Kollegien aufs neue wieder bei der Polizeidirektion und dem Ministerium um deren endgültige Entschlieung bezüglich der in der Prostituiertenfrage gefaßten Beschlüsse. Im Januar ds. Js. teilte die Polizeidirektion über die neuen ministeriellen Verhaltensvorschriften für die der sittenpolizeilichen Aufsicht unterstellten Frauenpersonen dem Rate mit, daß das Ministerium insoweit den Beschlüssen der Dresdener städtischen Kollegien entsprochen habe, als es den Prostituierten in Zukunft verboten ist, in einem Stadteck ständig zu wohnen, in welchem auch schulpflichtige Kinder oder Personen unter 16 Jahren wohnen; dieses Verbot auf die von solchen jugendlichen Personen bewohnten Häuser überhaupt zu erstrecken, ist, da auf eine Kasernierung der Prostitution zurückgekommen werden müßte, in der Praxis undurchführbar. Was des weiteren den Wunsch der städtischen Vertretungen anlangt, daß das Wohnen der Prostituierten von vornherein und ganz allgemein auf bestimmte Häuser und bestimmte, vom großen Verkehr nicht berührte Straßen beschränkt werden möchte, so hat die Oberbehörde Bedenken getragen, dies aberausichtswegen anzuordnen. Die Polizeidirektion wird auch ohnedem, wie schon bisher, dem geäußerten Wunsch nach Möglichkeit Rechnung tragen und das Wohnen der Prostituierten tunlichst auf solche vom großen Verkehr abliegende Gegenden der Stadt beschränken.“

Erfroren. Als Opfer der Kälte wurde in Gleiwitz der Maurer Milotto von der Eintrachtshütte erfroren tot aufgefunden.

Ungetreuer Beamter. In Hagen wurde der städtische Polizeibeamte Mulhaupt wegen Unterschlagung amtlicher Gelder im Betrage von 5 000 Mk. verhaftet. Auch der Vorgänger des ungetreuen Beamten verlor seinen Posten wegen desselben Vergehens.

Wassermangel überall. Aus Hagen i. W. schreibt man der „Post. Ztg.“: Infolge der anhaltenden Trockenheit wird die Stadt Hagen, sowie die nähere Umgebung derselben gegenwärtig von einem geradezu besorgniserregenden Wassermangel heimgesucht. Die Hager Stadtverwaltung steht sich veranlaßt, von heute ab die Wasserleitung während der Nachtstunden gänzlich zu sperren, eine Maßnahme, die zu den schwersten Bedenken berechtigt. Ebenso machte gestern das Bürgermeisteramt Hoße bekannt, daß die Versorgung der Stadt mit Trinkwasser, wenn nicht bald Niederschläge erfolgen, in der nächsten Zeit in Frage gestellt ist. Es wird darum zur größten Sparlichkeit im Wasserverbrauch aufgefordert. Sämtliche Talsperren in der Nähe von Hagen leiden

Wassermangel. So hat die Ornepetalsperre mit einem Sammelteich, der 10 000 000 Kubikmeter faßt, zur Zeit nur wenig mehr als eine Million Kubikmeter Wasserinhalt, die Ornepetalsperre gab in voriger Woche 100 000 Kubikmeter Wasser mehr ab, als zulezt. Die Füllbeckentalsperre bei Mena ist bis auf einen kleinen Rest entleert. Die zahlreichen kleinen Fabriken an den Flußläufen, die auf Zuleitungen aus den Talsperren angewiesen sind, rechnen bereits mit Betriebsstörungen, da es ihnen an Betriebskraft fehlt. Die Lage der Talsperrenverwaltungen ist sehr schwierig.

Auto-Unfall. Aus Siegen wird gemeldet: Bei Ferndorf ließ Freitag abend ein Automobil mit einem Lastfuhrwerk zusammen. Der 30jährige Sohn des Brauereibesizers Schweinsfurth aus Wammers wurde dabei getötet, zwei Personen wurden schwer verletzt.

Risiko der Arbeit. Aus Essen a. d. Ruhr wird gemeldet, daß beim verbotswidrigen Befahren einer Strecke auf Zeche „General Blumenthal“ zwei Arbeiter tödlich und einer leicht verletzt wurde.

Durch die Explosion eines Dampfrohres wurden, wie aus Trier gemeldet wird, auf der Düdelinger Hütte acht Arbeiter verletzt, vier davon schwer.

Mord. Wie die Kölnischen Blätter aus Eberfeld melden, ist dort die Nachricht eingegangen, daß der 22jährige Sohn des Gastwirts Jurnedden, der auf einem norwegischen Dampfer als Matrose diente, in Chile in der ersten Hälfte des vorigen Monats ermordet worden sei.

Von dem Terrorismus der Zentrumsanhänger hat man in protestantischen Gegenden selten eine Ahnung. In dem badischen Städtchen Bühl gingen Zentrumsleute von Haus zu Haus, um die Leser des Karlsruher sozialdemokratischen Organes herauszubekommen. Die Sänder schrien sie an: „Wer den „Volkshote“ liest, kommt in d' Hölle!“ Der Pfarrer gab dann am darauf folgenden Sonntag von der Kanzel herunter seinen Segen zu dieser Betätigung christlicher Nächstenliebe. — In der Gemeinde Durmersheim bombardierte man eines Abends die Wohnung des sozialdemokratischen Vertrauensmannes mit Steinen und Kartoffeln, weil er sein totes Kind zur Einsegnung durch den katholischen Geistlichen nicht in die Kirche gebracht hatte. Er trug es direkt auf den Friedhof und wollte auf geistlichen Beistand verzichten. Auf dem Nachhausewege vom Friedhof titulierte ihn Weiber und weibliche Männer mit Oberhoß und Gauner! Abends warfen sie ihm die Fenster ein. Und ähnliche Früchte zeitigt das Christentum der Praxis in katholischen Gemeinden: fast täglich!

Lästige Ausländer. Die Polizeibehörde in Kevelaer will den frommen Ort von lästigen Ausländern säubern und hält eine strenge Auslese unter den Holländern, die im Laufe der Jahre sich dort angesiedelt haben. Lästig sind aber nur die Holländer, welche sich an den christlichen Gewerkschaftsorganisationen beteiligen, die Nichtorganisierten sind liebe Kinder. So wurde jetzt auch der Vorsitzende des christlichen Maurerverbandes ausgewiesen. Der Mann wohnt schon länger als elf Jahre im Orte, ist verheiratet und Vater von vier Kindern. Daß die Erregung unter den christlichen Arbeitern in Kevelaer durch diese Vorkommnisse groß ist, läßt sich denken. Den Arbeitern wird von ihren politischen Genießungsgenossen, den Führern des Zentrums, die in der Stadtverwaltung dominieren, Klassenbewußtsein eingebläut, was uns nur recht sein kann.

Nicht Unglücksfall, sondern Selbstmord. Der Tod der beiden Töchter des verstorbenen Gammaldirektors Menge in Boppard, den wir meldeten, hat sich nach einem Privattelegramm aus Koblenz dahin aufgeklärt, daß die beiden Mädchen Chankali hat Zucker in den See genommen haben, vermutlich aus unglücklicher Liebe.

Ein Vermißter. Seit Donnerstag, 31. Oktober, wird der 15½ jährige Kaufmannslehrling Bruno Nathan aus Koblenz, der in Frankfurt a. M. in Stellung war, vermißt. Er hat an diesem Tage seine Wohnung, Baumweg 57, verlassen, um sich in sein Geschäft auf der Zeil zu begeben, ist aber dort nicht eingetroffen. Der Vermißte ist 1,63 Zentimeter groß, trägt den Kopf etwas schief und hat Sommerprossen. Er trug einen dunklen Überzieher, dunkelblauen Anzug und steifen schwarzen Hut. Der Vermißte hat sich weder im privaten, noch im geschäftlichen Leben etwas zu schulden kommen lassen, so daß die Annahme einer freiwilligen Abreise oder eines Selbstmordes ausgeschlossen erscheint. Vermutlich liegt ein Verbrechen vor. Der Vater, Andreas Nathan in Koblenz, Telephon 1080, verpricht dem, der den Vermißten zurückbringt, oder über seinen Verbleib zuverlässige Nachrichten gibt, eine hohe Belohnung. Nähere Angaben nehmen der Vater und das Frankfurter Polizeipräsidium entgegen.

Verhafteter Mädchenhändler. In Saarburg i. Loth. wurde ein angeblicher Vicente de Balganes, der mit einem eleganten Automobil und mit Bedienung eingetroffen war, verhaftet und als vielgesuchter Mädchenhändler entlarvt.

Schweres Unglück. In Carlowitz bei Breslau brach auf dem Wasserturm der der Aktiengesellschaft vorm. Meinecke gehörigen Fabrik Sonnabend morgen ein Feuer aus, wobei ein Arbeiter tödlich und einer lebensgefährlich verletzt wurde.

Die Kälte. Im Fichtelgebirge ist der Winter bereits eingeleitet. Es herrscht dort bereits eine Kälte wie im strengsten Winter. Die Weiher sind dick zugefroren, sodas überall Schlittschuh gelaufen wird.

Französische Fallschmünger. Man schreibt dem „Süd. Corr.“ aus Paris: Der Verhaftung einer Gruppe französischer Fallschmünger in Antwerpen ist in Frankreich selbst die Entdeckung von Leuten, die zu denselben Verbrecherbande gehören, gefolgt. Vier Individuen sind teils in Paris, teils in der Provinz auf Grund der Ermittlungen dingfest gemacht worden, nachdem bereits am 15. September einer der Fallschmünger in Granville bei dem Ausgehen falscher Goldstücke überrascht worden war. In der Wohnung eines der Angeklagten, eines gewissen Mournaud, wurden zahlreiche Schriftstücke gefunden, die den Beweis erbrachten, daß es sich um eine wohlorganisierte Bande handelt, die Mitgehler und Vertreter ihrer „Ware“ fast in allen bedeutenden Städten Frankreichs und auch Norditaliens hatte; so in Valenciennes, Bordeaux, Marseille, Nizza usw. Mehrere beschlagnahmte Briefe bekunden, daß die Geliebte Mournauds einen großen Vorrat von falschen Münz-, Zehn- und Zwanzig-Franckstücken hatte, die sie sehr leicht anzubringen mußte; sie ersuchte Mournaud fortwährend, ihr neue Ware zu schicken, da diese wie warme Semmeln wegginge. Sämtliche Verhafteten gehören anarchistischen Verbindungen an und haben sich verschiedentlich als Beherrlicher der unfruchtlichen Theorien (?) hervorgetan. Zahlreiche Verhaftungen sollen noch bevorstehen.

Unfälle infolge Rebell. Auf der Londoner Stadtbahnstation Finsbury Park fuhr bei dichtem Nebel ein auf der Station Moorgate Street kommender Stadtbahnzug in einen von der Station Kings Cross angekommenen, am Bahnhof haltenden Zug von hinten hinein und zerstückelte dessen letzten beiden Wagen. Schreckensrufe erfüllten die

